

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Unser Tag. 1950-1950 1950**

28 (2.2.1950)



# WUNSERTAG

Südwest-Verlag e.G.m.b.H., Offenburg, Friedrichstr. 36, Fernruf 2207. Druck: Badische Verlag GmbH, Mannheim, S. 3. 10, Fernruf 43260. Chefredakteur: Hermann J. Jentrop. Landesredaktion: Freiburg, Vaubanstraße 12, Fernruf 2249. Vertriebsstellen: Offenburg, Friedrichstraße 36; Rastatt, Kaiserstraße 1; Freiburg, Vaubanstraße 12; Lörrach, Feldbergstraße 7; Konstanz, Hussenstraße 49.

Volkszeitung für Baden

Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einisch. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,05 zuz. DM - 54 Zustellgebühr. Bankverb.: Allg. Bankgesellschaft Mhm. Kto.-Nr. 140 77. Städt. Sparkasse Mhm. Kto.-Nr. 227. Postscheckamt Karlsruhe, Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Siehe Anzeigenpreisliste. 8. Anzeigen werden entgegenkommend in allen Vertriebsfilialen.

Jahrgang 5 / Nr. 28

Donnerstag, 2. Februar 1950

Preis 15 Pf.

Aus dem Inhalt:

„Bratpfannen oder Panzer?“

Wo der Imperialismus herrscht, herrscht Korruption

Westdeutsch-Französischer Handelsvertrag

Gründliches Bombardement auf das Ruhrgebiet...

Trumans Herausforderung

Von Willy Grimm

Die amerikanische Atomenergie-Kommission hat von Präsident Truman den Auftrag erhalten, die Arbeit an allen Atomwaffenarten fortzusetzen. Zu diesen Arbeiten gehört auch die an der sogenannten Wasserstoff- oder Ueberbombe.

Damit ist eine Entscheidung von weittragender Bedeutung gefallen. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika erklären sich für das uneingeschränkte Vertrauen, offenbaren einen alles zerstörenden Vernichtungswillen und nehmen Kurs auf den dritten Weltkrieg. Das ist das Entscheidende dabei. Es zählt wenig, daß die Maßnahme mit pharisierhaften Beteuerungen, mit Gebeten zu Gott, daß man hoffentlich die Waffe nie gebrauchen müsse, durchgeführt werden. Es zählt auch wenig, ob die zweifelslos damit verbundene Bluffpolitik, mit der das führende imperialistische Land den in seine Bahn gezwungenen Trabanten, wie Britannien und Frankreich, das Gefühl einer Stärke nach so vielen Niederlagen suggerieren möchte. Es zählt nicht, welchen propagandistischen Ueberhebungen über den Wert der Wasserstoffbombe und des vermeintlichen technischen Vorsprungs gegenüber der Sowjetunion man sich dabei schuldig macht. Es zählt nicht, ob der Versuch gelingt oder mißlingt, daß die führenden Kreise des USA-Imperialismus ein neues machtpolitisches Erpressungsmittel in die Hand bekommen. Es zählt einzig und allein, daß sie vor der Weltöffentlichkeit dokumentieren, hemmungslos Kurs auf einen neuen Weltkrieg zu nehmen, ungeachtet dessen, was er für die Menschheit bedeutet.

Die Entscheidung Präsident Trumans ist noch nicht einmal überraschend. Jene Kreise, die er in den USA und international vertritt, sehen in der gegenwärtigen Weltlage keinen anderen Ausweg, als den Krieg. Sie sind die Gefangenen des Systems, das sie vertreten, die Hörigen eines Weges, den sie längst beschritten haben. Die Finanzmagnaten in Wallstreet und an der Londoner City, die Mopopolisten in Amerika und Westeuropa, die militaristischen Haudegen des Imperialismus können nur noch in der Kategorie „Krieg“ denken. Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Großbritanniens, Harry Pollitt, trifft den Nagel auf den Kopf, wenn er den Entschluß des amerikanischen Präsidenten Truman als das logische Ergebnis (Fortsetzung auf Seite 2)

Die Entscheidung Präsident Trumans ist noch nicht einmal überraschend. Jene Kreise, die er in den USA und international vertritt, sehen in der gegenwärtigen Weltlage keinen anderen Ausweg, als den Krieg. Sie sind die Gefangenen des Systems, das sie vertreten, die Hörigen eines Weges, den sie längst beschritten haben. Die Finanzmagnaten in Wallstreet und an der Londoner City, die Mopopolisten in Amerika und Westeuropa, die militaristischen Haudegen des Imperialismus können nur noch in der Kategorie „Krieg“ denken. Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Großbritanniens, Harry Pollitt, trifft den Nagel auf den Kopf, wenn er den Entschluß des amerikanischen Präsidenten Truman als das logische Ergebnis (Fortsetzung auf Seite 2)

Neue Teuerungswelle in Sicht

Nach der Butter das Schweinefleisch  
Stuttgart. (E.B.) Die Erhöhung der Butterpreise wird als Auftakt zu einer neuen Preissteigerung der wichtigsten Bedarfsstoffe angesehen. Die nicht ernst zu nehmenden Erklärungen der Bonner zuständigen Stellen, weitere Preissteigerungen seien nicht beabsichtigt, werden durch die neuen Entwicklungen auf dem Preismarkt überlebt.

Nach der Freigabe aus der Bewirtschaftung war vorübergehend die Tendenz des Sinkens der Schweinefleisch- und Zuckerpreise zu beobachten. Inzwischen hat ein starkes Anziehen der Preise für beide Verbrauchsartikel eingesetzt.

Keine Senkung der Schuhpreise  
Die Schuhindustriellen erklärten, daß trotz ihrer Absatzschwierigkeiten, Produktions-einschränkungen mit einer Senkung der Schuhpreise nicht zu rechnen sei.

Was ist mit dem Kohlenpreis?  
Immer noch verhandelt die Hohe Kommission mit der Deutschen Kohlenverwaltung über den Kohlenpreis. Es soll für Kohle noch ein Krisenzuschlag der Bundesbahn mit 12,5 Prozent aufgeschlagen werden. Die Steigerung des Kohleninlandspreises zieht die Preiserhöhung für alle Bedarfsartikel und Lebensmittel nach sich.

Kein Wunder!  
Neues Beamtengesetz eine nazistisch-amerikanische Mischung

Bonn. (E. B.) Das neue Beamtengesetz stellt eine Mischung zwischen dem „deutschen Beamtengesetz“ aus dem Jahre 1937, das die Nationalsozialisten erlassen haben, und dem Gesetz Nr. 15 der Militär-Regierung dar. Dies ergab sich auf der Pressekonferenz mit Bundes-Innenminister Heinenmann über das neue Beamtengesetz. Im Beamten-Rechtsausschuß hatten die Vertreter der KPD, SPD, Bayern-Partei und WAV Einsprüche geltend gemacht. Die Vertreter der KPD und SPD stimmten im Beamten-Rechtsausschuß gegen den Entwurf der Regierung, da er in keiner Weise den berechtigten Forderungen der Beamten und ihrer Gewerkschaften entspricht.

Auch Holland anerkennt Peking

Den Haag. Holland hat im Prinzip die Anerkennung der Peking-Regierung beschlossen, doch ist noch nicht entschieden worden, wann und in welcher Form diese Anerkennung ausgesprochen werden soll. In einem hierzu von der Haager Regierung veröffentlichten Memorandum heißt es, daß der offizielle holländische Standpunkt in dieser Frage in Kürze bekanntgegeben wird. (Reuter)

## Ministerpräsident Dr. Maier Zentralfigur des Skandals?

Wie sind die Namen der drei Landtagsabgeordneten, deren Immunität aufgehoben werden soll — Jetzt auch ein Fall Dr. Schacht — Die kleinen Nazis wurden auch nach 1945 ein Opfer der großen Nazis

Mannheim. E.B. Der Korruptionsskandal der württembergisch-badischen Regierung fördert von Stunde zu Stunde neues Material zutage. Die Staatsanwaltschaft hat jetzt über den Justizminister beim Landtag die Aufhebung der Immunität von drei Landtagsabgeordneten beantragt. Es ist bezeichnend, daß die Namen dieser drei Abgeordneten nicht bekanntgegeben werden und nun auch erklärlich, warum sich im Landtag gegen die Kommunisten und drei Sozialdemokraten eine Mehrheit gefunden hatte, die über den Korruptionssumpf das Tuch des Grabeschweigens legen wollte.

Es wäre immerhin interessant, ob unter den drei Abgeordneten, gegen die die Aufhebung der Immunität beantragt wurde, sich der Fraktions- und Landesvorsitzende der DVP in Württemberg-Baden, Dr. Hausmann befindet. Die Staatsanwaltschaft hat inzwischen auf dessen jämmerliches Dementi erklärt, daß die gegen ihn erhobenen Behauptungen zutreffend sind. Danach hat also dieser Politiker, der an der Spitze der DVP steht, die 4000 DM für seine Vermittlung bei dem unerhörten Geschäft des Herabsetzens der staatlichen Forderung an jenen Industriellen von 42 320 auf 8000 DM erhalten. Das Wort in Dr. Hausmanns Dementi, 43 320 DM wären für den Industriellen zu „unbillig hoch“ gewesen, wird Lügen gestraft angesichts dessen Vermögensangaben von 11 676 000 RM, die ihm auch trotz der Währungsreform unbeschadet erhalten geblieben sind.

Der württembergisch-badische Ministerpräsident Reinhold Maier verliert im Verlauf der Aufhellung der Korruptionsaffäre immer mehr den Schein der Unantastbarkeit. Gegen seinen Ministerialrat Ströle ist inzwischen Strafanzeige wegen Nötigung ergangen. Zu den Skandalfällen „May-Meyer“

### Geht es um die Aufhebung der Immunität von Dr. Maier, Dr. Hausmann und Kamm?

Stuttgart. (E. B.) Wie wir in letzter Minute vor Redaktionsschluß erfahren, verdichten sich unter den Abgeordneten des Württembergisch-Badischen Landtags die Gründe, die zu dem Schluß führen, daß es sich bei den Abgeordneten, bei denen die Staatsanwaltschaft die Aufhebung der Immunität beantragt hat, um den Ministerpräsidenten Dr. Reinhold Maier (er ist als Ministerpräsident gleichzeitig Abgeordneter), um den Vorsitzenden der DVP und Fraktionsvorsitzenden Dr. Hausmann und um den sozialdemokratischen Abgeordneten und früheren Entnazifizierungsminister Kamm

und „Büro Rapp“ hat sich nämlich inzwischen ein weiterer gesellt und dieser heißt „Fall Dr. Hjalmar Schacht.“

Ueber die Entnazifizierungskommission Dr. Schacht's, des Finanziers Hitlers und des zweiten Weltkrieges, und seinen durch den „Rechen-Springen“ konnte man sich damals Gedanken machen. Heute steht fest, daß die Angelegenheit so geschoben wurde, daß Dr. Schacht den für ihn „sicherer scheinenden Hafen“ Niedersachsens erreichen konnte.

Der Entnazifizierungsskandal in Württemberg-Baden ist ein Sumpf geworden, in dem es unmöglich ist, noch ein festes Ufer zu erblicken. Die Zahl der Fälle ist kaum noch

anzuführen. Was aber in jedem einzelnen Fall sichtbar wird, — auch in dem jetzt genannten des ehemaligen stellvertretenden Flüchtlingskommissar Gustav Ascher, — bestätigt, daß sich der Herd des ganzen Uebels im Ministerpräsidium selbst befand. Im einen Fall wurde ein Skandal gedeckt mit dem Hinweis, von „oben ist die Hand drauf“, im anderen, „das macht nichts, es geschieht auf ausdrückliche Anweisung des Ministerpräsidenten, er wird es verantworten.“

Schriftliche Anmerkungen sind vorhanden mit dem Vermerk Ströhles, „der Ministerpräsident ist damit einverstanden, daß in dieser Angelegenheit nichts weiter geschieht.“

„Er wird es verantworten!“ Heute steht Ministerpräsident Reinhold Maier vorm Landtag, um zu dieser Riesenkorruptionsaffäre Stellung zu nehmen. Nach Sachlage der Dinge ist er einer der Hauptangeklagten. Er hat zwei Chancen: 1. daß zu viele in die Angelegenheit verwickelt sind, und die dazu ein Mandat im Landtag haben und 2. daß Politiker, die etwas angeschlagen, der Besatzungsmacht gar nicht unlieb sind, denn man kann sie gerade deshalb leicht kneten, so wie man es braucht. —y.m.—

## Metallarbeiter fordern Lohnerhöhung

Stuttgarter Metallarbeiter kündigen Kampfmaßnahmen an — Die Antwort auf die Preissteigerung: Erhöhung des Reallohnes!

Stuttgart. E.B. „Der bestehende Lohn für Nordwürttemberg-Baden ist zu niedrig und die Forderung auf Einbau der bisherigen Teuerungszulage in den ordentlichen Tariflohn und einer zusätzlichen Lohnerhöhung, welche den erhöhten Kosten für die Lebenshaltung Rechnung trägt. Sollten die Unternehmer auf dem Wege der Verhandlung nicht bereit sein, unsere Forderung bis zum Ablauf des Kündigungstermins zu erfüllen, hat die Bezirksleitung mit den Ortsverwaltungen geeignete gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen zu ihrer Realisierung einzuleiten.“ So lautet die von der Delegiertenversammlung der Industriegeräte Metall, die 43 000 Metallarbeiter des Industriegebietes Stuttgart vertritt, gefasste Entschliessung.

Die Delegiertenversammlung befachte sich eingehend mit dem Lohn- und Preisproblem. Einmütig brachten alle Diskussionsredner zum Ausdruck, alle Diskussionsredner mit der Bäckerschen Arbeitsgemeinschaftspolitik ein Ende zu machen. Die Parole von der Bekämpfung der hohen Preise müsse ersetzt werden durch den entschiedenen Kampf der Arbeiter gegen die laufende Verschlechterung der Lebenshaltung und für die berechtigten Lohnforderungen der Werktätigen.

Die Delegiertenversammlung befachte sich eingehend mit dem Lohn- und Preisproblem. Einmütig brachten alle Diskussionsredner zum Ausdruck, alle Diskussionsredner mit der Bäckerschen Arbeitsgemeinschaftspolitik ein Ende zu machen. Die Parole von der Bekämpfung der hohen Preise müsse ersetzt werden durch den entschiedenen Kampf der Arbeiter gegen die laufende Verschlechterung der Lebenshaltung und für die berechtigten Lohnforderungen der Werktätigen.

Sicherung des Mindesturlaubes für 1950  
Von dem Bezirksvorstand des DGB und den Industrieverbänden wird verlangt, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um

### 10 000 Eisenbahner zu unrecht entlassen

Folgenschwere Entscheidung des Arbeitsgerichts in Kassel gegen Bundesbahn-Direktion

Kassel. (dpa) Das Arbeitsgericht in Kassel hat 81 Entlassungen bei der Bundesbahn für ungültig erklärt und 30 Klagen in Feststellungsklagen umgewandelt. Mit diesem Entscheid hat das Gericht einen Präzedenzfall geschaffen, der zu dem Schluß führt, daß 10 000 Eisenbahner im vergangenen Herbst von der Bundesbahn zu Unrecht entlassen worden sind.

Das Arbeitsgericht, das sich mit einer Klage der Eisenbahnergewerkschaft gegen

durch einen Landtagsbeschluß die Sicherung und Verlängerung des bisherigen Mindesturlaubs-Gesetzes für das Urlaubsjahr 1950 zu erreichen.

Kritik am Gewerkschaftsorgan „Der Bund“  
Sehr scharfe Kritik wurde von den Delegierten am Gewerkschaftsorgan „Der Bund“ geübt, weil es vom Erscheinen der ersten Nummer an Artikel mit offen kriegerischer Tendenz veröffentlichte.

Wann nehmen die übrigen Ortsverwaltungen Stellung?

Die von der Stuttgarter Delegiertenkonferenz aufgeworfenen Fragen betreffen die Metallarbeiter des ganzen Landes. Es ist die

Frage zu stellen, wann greifen die übrigen Ortsverwaltungen des Metallarbeiterverbandes, voran die in Mannheim, die gleichen Probleme auf? Die Metallindustriellen operieren im ganzen Land gemeinsam auf der Grundlage ihrer industriellen Organisation, und haben, wenn sie sich zu verschiedenen Zeitpunkten an den einzelnen Orten und Industriegebieten mit den Gewerkschaften auseinandersetzen können, alle taktischen Vorteile auf ihrer Seite. Das Vorgehen der Stuttgarter Metallarbeiterdelegierten ist die Mahnung an alle Metallarbeiter in Württemberg-Baden, in der Verfechtung der gemeinsamen gewerkschaftlichen Lebensinteressen nicht säumig zu sein.

Verschleppungstaktik der Metallindustriellen in Hessen

Frankfurt. E.B. Die Metallindustriellen in Hessen verschleppen fort und fort die Verhandlungen, die über die von den Metallarbeitern erhobenen Lohnforderungen geführt werden. Sie rechnen wohl, daß mit dem Hinzuzögern die Forderung auf Lohnerhöhung zurückgeschraubt werden könne. Das wird ihnen nur so lange möglich sein, als die hessischen Metallarbeiter zaudern, mit Kampfhandlungen zu beginnen.

Bayerns Betriebe streikbereit

München. (E.B.) Nach den Nürnberger Metallarbeitern haben jetzt auch die Betriebsratsvorsitzenden der Münchner Metallarbeiter in Nürnberg erhobene Forderung auf eine Stundenloohnerhöhung von 30 Pfg. begrüßt und zu eigenen Forderungen gemacht. Auf einer Konferenz erntete ein Betriebsratsvorsitzender großen Beifall, als er ausrief: „Die Metallindustriellen haben große Profite gemacht. Wenn sie bei den Verhandlungen nicht nachgeben, dann soll zu geschlossenen Streikaktionen aller Metallarbeiter aufgerufen werden.“

## Die Veröffentlichung der Gefallenenkartei gefordert!

Antrag der KPD im Bundestag — was ist mit den toten Fremdenlegionären?

Bonn. (E.B.) Die Fraktion der KPD hat im Bundestag beantragt: Um den Familien der 1,5 Millionen ehemaligen deutscher Wehrmachtangehörigen, deren Tod bisher verschwiegen worden ist, endlich Gewißheit zu verschaffen, wird die Bundesregierung beauftragt, bei der Hohen Kommission Herausgabe der Gefallenenlisten und sämtlicher übrigen Unterlagen zu fordern, die von den USA-Truppen bei der Einnahme von Saalfeld sichergestellt worden sind. Das Nachrichtenblatt der amerikanischen Militärregierung hat im Frühjahr 1946 über die Eroberung dieser Unterlagen durch USA-Truppen berichtet. Nach einer Mitteilung der amerikanisch lizenzierten Zeitung „Der Tagesspiegel“ vom 17. Mai 1946 haben diese Unterlagen den schlüssigen Beweis enthalten, daß das Oberkommando der Wehrmacht (OKW) erstens nicht erst während der letzten Kriegstage, sondern schon seit 1943 die deutschen Verluste verheimlichte und zweitens schon seit jener Zeit die Angehörigen der Gefallenen zum großen Teil nicht mehr benachrichtigt hat.

Die Bundesregierung wird ferner beauftragt, bei dem Hohen Kommissar der Regierung Frankreichs Unterlagen anzufordern über die Zahl der ehemaligen deutschen

Kriegsgefangenen, die in die Fremdenlegion überführt worden sind und auf den Schlachtfeldern von Vietnam und Indochina Leben und Gesundheit ließen.

Wer finanziert den Kohlenbergbau?

Bonn. (E. B.) Die KPD-Fraktion im Bundestag hat eine Anfrage an das Kabinett Adenauer gerichtet. Das Kabinett wird befragt, ob es aus Bundesmitteln, d. h. aus Steuergeldern im Zusammenhang mit der Prozentigen Lohnerhöhung im Steinkohlenbergbau die deutsche Kohlenbergbauleitung mit neuen Zuwendungen unterstützt. Die Anfrage hat folgenden Wortlaut:

„Die Bundesregierung wird ersucht, dem Bundestag Auskunft darüber zu geben, ob im Zusammenhang mit der kürzlich zwischen der deutschen Kohlenbergbauleitung (DKBL) und dem Industrieverband Bergbau vereinbarte Prozentige Lohnerhöhung im Steinkohlenbergbau die Bundesregierung gegenüber der DKBL Verpflichtungen zur Zahlung von verlorenen Zuschüssen eingegangen ist.“

## Im Streiflicht gesehen

In Dortmund Papageienkrankheit

Dortmund. Das Hamburger Tropeninstitut bestätigte, daß die vor 10 Tagen unter dem Verdacht der Papageienkrankheit in ein Dortmunder Krankenhaus eingelieferten sechs Patienten tatsächlich die Papageienkrankheit — Psittakose — haben. Einer der Kranken ist inzwischen gestorben. Die anderen fünf sind jetzt fieberfrei. Die Aerzte hoffen, daß sie wieder gesund werden. Die Papageienkrankheit, die hauptsächlich von südamerikanischen Papageien eingeschleppt wird, ist eine schwer erkennbare Lungenzündung ohne Husten mit rotbraunem Auswurf. Sie ist oft mit Brustfellentzündung, Milzschwellung und anderen Krankheitserscheinungen verbunden.

180 Todesopfer durch Unwetter

Tokio. 18 Todesopfer forderte ein heftiges Unwetter, das am Montagabend über Mittel-Japan niederging. Ueber 20 Personen wurden verletzt. Durch den Sturm und durch Überschwemmungen wurden über hundert Häuser zerstört oder beschädigt. Zwei Fischerboote sanken bei dem heftigen Seegang. Sieben Fischer werden vermißt.

Flugzeugabsturz

Oslo. Eine Maschine der norwegischen Luftstreitkräfte stürzte in der Nähe des Flugplatzes Vaernes ab. Die dreiköpfige Besatzung des Flugzeuges fand dabei den Tod.

Strenge Winterwetter in Italien

Rom. In weiten Teilen Nord- und Mittel-Italiens herrscht seit dem Wochenende Winterwetter mit starkem Schneefall und Schneestürmen. In Triest erreichte ein Schneesturm bis zu 112 Kilometerstunden.

Wintersportler aus Rom, die sich am Sonntag in die Berge begeben wollten, blieben unterwegs mit ihren Autos im Schnee stecken. Südlich von Rom sollen Rudel von Wölfen aufgetreten sein. (BBC)

Die „Fidamus“ nach Kesselexplosion gesunken

Hamburg. (dpa.) Die Hauptfunkstelle „Norddeich Radio“ erhielt am Dienstagabend von dem britischen Dampfer „Romania“, der 8 Ueberlebende der gesunkenen „Fidamus“ an Bord hat, die Nachricht, daß auf der „Fidamus“ der Kessel explodiert ist. Vorher war die Kalisalzladung des Schiffes verrutscht, so daß der Dampfer schwere Schlagseite bekommen hatte. Als in den Maschinenraum Wasser eindrang, flog der Kessel auseinander. Das Schiff sank sofort. Vier Seeleute sind bei dem Schiffsunglück ertrunken.

Mitschurins Lehre und Chinas Aufbau

Peking. Mitschurins Lehren sollen auch der Landwirtschaft Chinas zugute kommen. Eine in Peking gegründete wissenschaftliche Gesellschaft wird in Kürze ihre erste Jahreskonferenz abhalten und einen Plan für das Jahr 1950 aufstellen. (Tass)

Wasserstoffbombe und angelsächsische Heuchelei

„Ich bete zu Gott, daß wir die Bomben niemals gebrauchen müssen“, sagte der demokratische Fraktionsführer im US-Senat, Senator Lucas. Wenn sie nicht gebaut würde, wäre man der Notwendigkeit des Gebetes entbehrlich, aber im gleichen Atemzug, wo dies US-Senator Lucas aussprach, stimmte er für die Herstellung der Wasserstoffbombe.



(Fortsetzung von Seite 1)

nis der bisherigen amerikanischen Kriegspolitik bezeichnet.

Es bedurfte nicht des Entschlusses von Präsident Truman, die Wasserstoffbombe zu bauen, um zu wissen, daß man in den führenden Kreisen der USA, in der Regierung, wie bei ihren republikanischen Opponenten, keinen anderen Gedanken hat, als den, mit welchen Mitteln man angesichts des Scheiterns großsprecherischer Weltherrschaftspläne, des Flaskens einzelner strategischer Maßnahmen, wie des Marshallplans, des Atlantikpakts, der Riesenhilfe für Tschiang-kaischek, wie man angesichts eines rapiden Macht- und Prestigeverlustes, wieder auf die Beine kommen kann.

Macht man die Niederlage, die die USA, der Weltimperialismus durch die friedliebende Welt erleiden mußte, wett mit Spekulationen auf einen technischen Vorsprung, den man glaubt in der Herstellung von Vernichtungswaffen erringen zu können? Hier liegt ein grundlegender Irrtum vor und die führenden Kreise der zusammenbrechenden kapitalistischen Welt sind nicht mehr in der Lage, nüchtern Bilanz zu ziehen über die Ereignisse der letzten Jahre, die so sehr gegen sie sprechen. Deshalb haben sie den Willen und die Blindheit Hitlers, dessen Vabanquespil zu wiederholen. Hitler ist es nicht gegliückt und man mag in den USA sich noch so klug dünken und sich gegenseitig noch so sehr versichern, wie „klug“ ihre Entscheidung ist, die Wasserstoffbombe als das Super-Kriegsmittel zu bauen: man wird scheitern, wie Hitler gescheitert ist, noch schneller sogar. Nicht nur, daß die Menschheit und friedliebende Welt aus Hitlers Aggression gelernt hat, nicht nur, daß der Weltimperialismus unfähig die Verschiebung in dem machtpolitischen und sozialen Verhältnis, das äußerlich als Ergebnis des Frevels Hitlers durch die erzeugte Wachsamkeit und Aktivität der Friedenskräfte in der Welt eingetreten ist, kann man nicht mit Technik, nicht mit Bluff und nicht mit Drohungen den weltgeschichtlichen Prozeß korrigieren.

Trumans Entscheidung ist, wie man bei der UNO glaubt vermerken zu müssen, eine Herausforderung und eine Warnung an die Sowjetunion. Gewiß, das ist sie. Und der Herausforderung wird begegnet und die Warnung verstanden werden. Es ist die Herausforderung an alle Unterdrückten der Welt, es ist die Verkündung, daß ihr Leben in der Rechnung der Kriegsgewaltigen nichts zählt. Es ist die Warnung an alle Demokraten und Friedensfreunde, Gegner des Imperialismus, an alle, die nicht Opfer werden wollen, ihre Anstrengungen bedeutend zu steigern, damit die an die Wasserstoffbombe geknüpften Hoffnungen der Kriegstreiber zerschlagen werden und die Welt nicht in ein riesiges Leichenfeld verwandelt wird.

### 35 Divisionen des Friedens

Pressekonferenz über das Deutschlandtreffen der Jugend

Berlin. (EB) Delegationen aus der Sowjetunion, aus den Ländern der Volksdemokratien, aus der Volksrepublik China, aus Frankreich, Italien, England und anderen Ländern werden an dem großen Pfingstaumarsch der Jugend in Berlin teilnehmen.

„Wir wissen, daß die anglo-amerikanischen Generäle verzweifelt nach 35 Divisionen in Europa suchen, die bereits sind, für die Amerikaner zu kämpfen, und daß sie auch auf unsere deutschen Jungen kalkulieren.“ sagte Professor Eisler am Dienstag auf einer Pressekonferenz in Berlin. „Mehr als 500 000 junge Menschen treffen sich in Berlin, das entspricht in der Sprache der Generäle den 35 Divisionen. Das werden aber 35 Friedensdivisionen der Jugend sein, die den Krieg haßt, die die Völkerverhetzung haßt, die erzwungen wurden und sich selbst erzwogen haben im Geiste der Freundschaft der Völker, im Geiste der Humanität, im Geiste des Kampfes gegen alle deutschen Kriegstreiber und die alten reaktionären Ideen.“ Diese Jugend hilft der Deutschen Demokratischen Republik aufzubauen, diese Jugend ist ein Vortrupp im Kampf um die Einheit Deutschlands, im Kampf um ein neues Leben und um eine neue Kultur.

## Um unser Volk mit neuer Schuld zu belasten

Hat das deutsche Volk aus der Hitler-Aggression die Lehren gezogen?

Den Nimbus, unschlagbar zu sein, hatte sich die Armee der faschistischen Gewalt herrscher in den ersten beiden Jahren des zweiten Weltkrieges in Polen, Frankreich und im übrigen Westen erworben. Nach der verlorenen Schlacht um Moskau war es damit aus. Als aber am 2. Februar 1943 die 6. Armee bei Stalingrad kapitulierte, hatte der Faschismus die entscheidende Niederlage erlitten, die zur Vernichtung seiner militärischen Kraft führte. 240 000 Tote, 91 000 in Kriegsgefangenschaft, das war die Bilanz aus dem Kessel von Stalingrad. An diesem 2. Februar 1943 wurde die Befreiung der Völker Europas von den faschistischen Gewalttätigen entschieden. Auch die Befreiung des deutschen Volkes von der faschistischen Diktatur begann bei Stalingrad.

Man sollte annehmen, daß es über diese Erkenntnisse keine Meinungsverschiedenheiten gibt, daß sie zum Allgemeinut des ganzen deutschen Volkes geworden sind und daß das deutsche Volk sich mit diesen Dingen immer wieder beschäftigt, um daraus seine Lehren zu ziehen. Wenn das deutsche Volk aus seiner Geschichte die notwendigen Lehren gezogen hätte, vor allem aber aus der Hitler-Aggression, dann wäre es unmöglich, daß westdeutsche Politiker wieder die Vorbereitung eines Krieges sich zum Ziel setzen können. Dann würden Äußerungen, wie z. B. die des Bundesjustizministers Dr. Dehler in Hamburg, einen Sturm der Entrüstung der westdeutschen Bevölkerung auslösen.

Dehler hat seine Rede nicht widerrufen. Er machte es sich billig, und behauptete, die Presse habe gewisse Stellen seiner Rede entstellt wiedergegeben. Offiziell wurde erklärt, daß zwischen Adenauer und Dehler keine Differenzen bestehen, und an den Hochkommissar Francois-Poncet schrieb Adenauer, daß die Schlußfolgerungen, zu denen gewisse Teile dieser Rede führen könnten, mit der politischen Grundeinstellung des Herrn Dr. Dehler nicht übereinstimmen. Demnach hätte also Dehler gegen

Frankfurt. (E. B.) Die SVZ Frankfurt veröffentlichte einen Brief des Jugendsekretariats der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik zur Frage der Remilitarisierung. Das Schreiben gibt in seinem ersten Teil die Antwort, warum das Jugendsekretariat an die Öffentlichkeit zur Verteidigung des Antimilitarismus tritt.

Eine vom Jugendforum Wiesbaden unter dem Thema „Bratpfannen oder Panzer“ einberufene Versammlung hatte den Bezirkskommissar der amerikanischen Zivilverwaltung, Mr. Sola, veranlaßt, mit dem Vorsitzenden des Jugendforums eine Unterredung zu führen, deren Ergebnis unter der Gewerkschaftsjugend eine starke Empörung hervorgerufen hat.

Wir entnehmen dem Brief des Jugendsekretariats folgende Darstellung:

„Mister Sola erklärte u. a., das Vorhaben des Forums, nämlich die Beeinflussung der Öffentlichkeit gegen eine Remilitarisierung sei nicht gerade sehr geschickt, denn

1. Westdeutschland sei gezwungen, eine Armee zu stellen, um einmal ihre Demokratie verteidigen zu können, wenn die Amerikaner abziehen sollten.

2. Außerdem würde eine 2-3jährige Wehrdienstpflicht förderlich für die Erziehung der deutschen Jugend sein.

## Gründliches Bombardement auf das Ruhrgebiet . . .

. . . wenn der heiße, blutige Krieg auf dem deutschen Kriegsschauplatz folgt

Herr Volney Dr. Hurd, Direktor des Pariser Nachrichtenbüros der amerikanischen Zeitung „Christian Science Monitor“ (Christlich-wissenschaftlicher Ratgeber) beirat die französischen Monopolisten und ihre Politiker von der „dritten Kraft“ im „christlich-wissenschaftlichen“ Geiste. Das sieht so aus:

Sie sollten statt der Aufrüstung Westdeutschlands durch die westlichen Alliierten die Aufrüstung Westeuropas durch die Ruhrindustrie fordern, sagt Dr. Hurd. Wenn dann dem antikommunistischen „kalten Krieg“ der heiße, blutige Krieg auf dem deutschen Kriegsschauplatz folgt, brauchen sie keine Furcht zu haben, daß die Rüstungsindustrie des Ruhrgebietes unversehrt in die Hände der Russen fallen würde. Der „christliche“ Herr Hurd hat mit „wissenschaftlicher“ Nüchternheit alle Vorsichtsmaßnahmen für diesen Fall ausgeklügelt. Er fordert, daß:

„Jede dem Gegner nützliche Einrichtung grundsätzlich für völlige Zerstörung mittels Sprengung durch einen Druck auf den Knopf vorbereitet sein muß, und daß dies automatisch auf die Ruhrindustrie selbst dann Anwendung zu finden hat, wenn sie lediglich mit Friedensproduktion befaßt ist. Falls sie aber Waffen in Halb- oder Fertigerzeugnisse herstellt, hätten diese, nachdem sie einmal in die Luft gesprengt worden sind, vermutlich keinen Wert für die Russen. Die Sprengung könnte auch durch die Höhenkommissare ausgelöst werden, wenn ein neuer Hitler zur Macht kommt. Und selbst wenn die Sprengung sabotiert werden würde, könnte ein sofortiges gründliches Bombardement der unverteidigten Werke durch alliierte Bomber schnell eine wirkungslos gebliebene Sprengung ersetzen.“

Die systematische Zerstörungstheorie, die die deutschen Faschisten in der Sowjet-

Kenntnis. Seit Wochen und Monaten bekämpfen wir Gerüchte und Bestrebungen, die eine neue Wehrmacht fördern, auf das entschiedenste, und nun werden von einem Amerikaner (die nach ihren eigenen Worten ins Feld gezogen sind, um uns vom Nazismus und Militarismus zu befreien) derartige Äußerungen laut.

Wir wiederholen noch einmal unsere Forderung: hinter der Tausende junger Menschen stehen, daß wir uns durch keine Maßnahme, durch keinen Terror und durch keine systematische Beeinflussung der öffentlichen Meinung jemals wieder für eine Wehrmacht begeistern lassen.

Wir sind keine Pazifisten aus Feigheit, vielmehr hat das grauenhafte Erlebnis des Krieges mit all seinem Schrecken den größten Teil von uns jungen Menschen gelehrt: Der Krieg ist das schlechteste Mittel, irgend eine Umgestaltung vorzunehmen. Es ist eine Bankrott-Erklärung der politischen Fähigkeit eines Landes, wenn es einen Krieg vom Zaune bricht.“

Christentum heißt Nächstenliebe —, aber wer zum Kriege hetzt und am Kriege verdient, kann nur wider seinen Nächsten Politik treiben, und eine solche Politik kann nicht den Interessen des deutschen Volkes dienen, das durch Krieg nichts zu gewinnen aber alles zu verlieren hat. W.F.C.

## Westdeutsch-Französischer Handelsvertrag

Eine wirtschaftspolitische Niederlage der Adenauer-Regierung

Bonn. (E. B.) Ueber den Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Frankreich und Westdeutschland wurde ein Kommuniqué veröffentlicht, aus dem hervorgeht, daß die westdeutsche Wirtschaft und vor allem die westdeutsche Landwirtschaft durch dieses Abkommen schwer geschädigt werde. Das Kabinett Adenauer hat willige Einfuhrfreiheit für Südrüchte und eine Erhöhung der Kontingente für Textilien und landwirtschaftliche Erzeugnisse zugelassen. Auf industriellem Gebiet kann Frankreich frei nach Deutschland u. a. ätherische Öle, Leime und Harz, Maschinen aller Art, Lastkraftwagen, Phosphore, Erzeugnisse der Eisen schaffenden Industrie und Furniere einführen.

Der Umfang des beiderseitigen Warenaustausches wird für sechs Monate mit 550 bis 630 Millionen D-Mark angegeben. Der größte Ausfuhrposten Westdeutschlands ist Kohle mit 150 Millionen D-Mark und 21 Millionen D-Mark für elektrischen Strom. Maschinenteile, chemische und andere Rohstoffe und Holzfabrikate bilden weiter die Hauptbestandteile der deutschen Ausfuhr.

Das Kommuniqué stellt weiter fest, daß die voraussichtliche Höhe des Warenaustausches sich nicht mit Bestimmtheit voraussagen läßt, da für die Praxis die noch zu ergründenden Einfuhrfreiheitsmaßnahmen noch nicht abzusehen sei. „Immerhin läßt sich voraussagen, daß sich die französischen Ausfuhr schneller entwickeln werden, als die deutschen“ heißt es im Kommuniqué wörtlich. Der Vertreter Frankreichs, Botschafter Alphand, soll nach Presseberichten eine Verdoppelung der französischen Ausfuhr nach Deutschland, vor allem von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, angekündigt haben.

Aus Kreisen der in Bonn tätigen Wirtschafts-Journalisten wird der Abschluß dieses Handelsvertrages dahingehend gedeutet,

daß Adenauer nach der außenpolitischen Niederlage nun auch noch eine wirtschaftspolitische durch Frankreich einstecken mußte. Die westdeutsche Landwirtschaft und die westdeutsche Fertigwarenindustrie wird ebenso wie durch das Marshallplan-Abkommen zwischen Westdeutschland und Amerika keinen Nutzen, sondern erheblichen Schaden haben. Verstärkung der Arbeitslosigkeit ist in diesen Wirtschaftszweigen zu erwarten.

## Wo der Imperialismus herrscht, herrscht Korruption

Ausdruck des verfaulenden Systems

Untersuchung eingesetzten Parlamentsausschuß vertreten sind.

Aber Korruption herrscht auch dort, wo die Amerikaner regieren. Die „New York Herald Tribune“ vom 28. Januar 1950 ist entsetzt darüber, daß auf den Philippinen seit der Niederlage der Japaner Heeresgut im Werte von zwei Milliarden Dollars „verloren, verlagert oder gestohlen wurde“ und daß die Diebstähle jede Woche etwa 500 000 Dollar betragen. Diese hätten ein solches Ausmaß angenommen, schreibt das Blatt weiter, daß nicht nur die Philippinen hierfür zur Verantwortung gezogen werden können, sondern daß auch amerikanische Offiziere in diese Angelegenheit verwickelt sind. Gestohlen wurde alles mögliche. Am meisten empört ist die „New York Herald Tribune“ darüber, daß eine sogenannte „Tankfarm“ mit 17 Oeltankern, die als Flugplatz benutzt wurde, samt einer Oelrohrleitung über Nacht verschwunden ist und niemand weiß, wohin diese Anlage gekommen ist.

Diese Korruptionserscheinungen sind keine Einzelfälle. Sie kommen überall vor, wo der Imperialismus herrscht. Sie sind ein Beweis für das Stadium höchster Verfaultheit, in die das imperialistische System geraten ist.

### Jagd auf Abg. Lehmann

Hochkommissar: Deutsches Recht gilt nicht

Bonn. EB. Auf Grund der Anfrage des niedersächsischen Landtagspräsidenten Olfers erklärten alliierte Kreise, daß die Im-

## Großsammlung beschlossen

Frankreichs Werktätige solidarisch mit den Hafenarbeitern

Paris. (EB) Die demokratischen Massenorganisationen in Paris haben beschlossen, unter der Bevölkerung der Hauptstadt eine Großsammlung für alle Hafenarbeiter durchzuführen, die sich weigern, Kriegsmaterial zu löschen. Die Arbeiter und Angestellten der Betriebe in Ivry sind diesem Beschluß bereits gefolgt und haben eine Sammlung für die Hafenarbeiter von St. Nazaire durchgeführt, um sie in ihrem Kampf für die Erhaltung des Friedens zu unterstützen.

## Terror an der Goldküste

Berlin. (EB) Britische Kolonialpolizei trieb am Montag in Jakabu (Goldküste) die Teilnehmer einer Demonstration, die die sofortige Einführung der Selbstverwaltung für die Goldküste forderte, mit Waffengewalt auseinander. Drei Demonstranten wurden getötet und fünf verletzt.

## Bauern der CSR fordern Frieden

Prag. (EB) Die sofortige Einstellung des Wettrüstens, das Verbot der Anwendung der Atombombe und die unverzügliche Beendigung der Kolonialkriege in Indonesien, Malaja und Vietnam forderten die tschechoslowakischen Bauernverbände auf einer gemeinsamen Tagung mit Vertretern der landwirtschaftlichen Produktions-Genossenschaften. Die Tagungsteilnehmer verlangen in ihrer Resolution außerdem die Beendigung des Terrors gegen die Werktätigen in Italien und gegen die Freiheitskämpfer in Griechenland und Franco-Spanien.

## Telefonarbeiterstreik in USA angekündigt

New York. (EB) Etwa 100 000 Arbeiter und Angestellte der „American Telephone Compagnie“ werden am 8. Februar in den Streik treten, nachdem alle Verhandlungen über die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter und Angestellten zwischen Vertretern der Gewerkschaft und der Direktion der Telefon-Gewerkschaft ergebnislos verlaufen sind.

## Nur noch ein hungriger Blick in die Schaufenster

Auf dem Papier sieht es sehr schön aus, dieses Deutschland, wo die freie Unternehmer-Initiative herrscht, wo die Lebensmittel nicht rationiert sind und wo Treibstoff frei zu haben ist. Das ist so ein glänzender, verführerischer Kontrast zu unserer grauen Eintönigkeit. Hinter diesem Glanz jedoch ist die Wirklichkeit nicht so schön. Gestern gab die Regierung in Bonn bekannt, daß die Zahl der Arbeitslosen in den ersten 14 Tagen des Jahres 1950 um 224 673 zunahm. Das ergibt eine Gesamtsumme von 1 783 142 bei einer arbeitenden Bevölkerung, die kleiner als die englische ist. Seit die Beschränkungen abgebaut wurden, hat die Arbeitslosigkeit um 300 Prozent zugenommen. . . . Mit den niedrigsten Löhnen in Westeuropa, mit Ausnahme von Franco-Spanien, wird der Anteil dieser Menschen an den schönen Dingen, die jetzt angeblüh für alle frei sind, nicht mehr sein, als ein hungriger Blick in die Schaufenster. „Reynolds News“, London.

Daß die Korruption einer der entscheidenden Gründe für die Niederlage der Kuomintang war, wird sogar im amerikanischen Weißbuch über China besonders hervorgehoben. Korruption herrschte aber nicht nur im China Tschiang Kai-Scheks. Korruption herrscht auch in Indochina, wie dies die Enthüllungen im Skandal Revers-Mast im französischen Parlament vor wenigen Tagen offenbarten. Weil so viele einflußreiche französische Politiker in diese Korruptions-Affäre verwickelt sind, haben es die Mehrheitsparteien verhindert, daß die Kommunisten als die stärkste Partei in dem zur

munität von Abgeordneten deutscher Parlamente nur gegenüber der deutschen Gesetzgebung gilt. Alliierte Gerichte können diese Immunität nicht berücksichtigen.

Die fieberhafte Jagd auf den Abgeordneten Robert Lehmann, der auch neuerdings nicht vor dem britischen Gericht erschien, geht also weiter. Die britische Polizei ist angewiesen, Lehmann festzunehmen, auch wenn er sich auf seine Immunität berufen sollte. Bis jetzt gelang es nicht, Robert Lehmann aufzufinden, obwohl die britische Militärmacht alle Mittel in Bewegung setzt, um dieses aufrechten Kämpfers gegen die Demontagen habhaft zu werden.

## Sabotageakt gegen die Berliner S-Bahn

Berlin. (EB) Eine großangelegte Sabotageaktion wurde in der Nacht zum Dienstag gegen die S-Bahn in Westberlin gestartet. Fachleute erklären dazu, daß durch diese Sabotageakte der gesamte Eisenbahnverkehr gefährdet werde und daß bei einer Wiederholung derartiger Vorgänge auch die Versorgung der gesamten Berliner Bevölkerung in Frage gestellt sei.

## Italien hatte 1171 Streiks in zehn Monaten

Rom. (EB) Die italienischen Werktätigen führten in den ersten zehn Monaten des Vorjahres 1171 Streiks durch. Insgesamt wurden in 182 984 Betrieben der Industrie und Landwirtschaft gestreikt.

## Tito fällt über zwei Bulgaren Todesstrafe

Proletarischer Internationalismus in Jugoslawien unter faschistischem Terror

Sofia. In dem Prozeß der Belgrader Tito-Faschisten gegen zwei bulgarische Staatsbürger und sechs jugoslawische Patrioten wurden zwei Todesurteile gegen die Bulgaren Spasowsk und Ljorowski ausgesprochen. Die anderen Angeklagten wurden zu Zwangsarbeit von 5 bis 30 Jahren verurteilt.

So hat Tito es gewagt, die schärfste Strafe zu verhängen über Menschen, deren einziges „Verbrechen“ es ist, dem proletarischen Internationalismus und der Freundschaft mit der Sowjet-Union treu geblieben zu sein. Das muß alle demokratischen Kräfte in der Welt anstacheln, ihre Protestaktionen gegen den faschistischen Tyrann in Belgrad zu verstärken, den jugoslawischen Patrioten in ihrem Kampf gegen die Bande von Mördern und Spionen, die ihr Land regiert, zu helfen.

### Die Dollar des Verrates

Paris. Die internationale Bank (unter amerikanischer Leitung) meldet, daß der Kredit von 2 700 000 Dollar, der am 17. Ok-

tober letzten Jahres vereinbart wurde, nunmehr an Tito gewährt worden ist.

### Schulen in Kasernen verwandelt

Sofia. Die bulgarische Zeitung „Rabotnitschesko Djelo (Arbeitersache)“ meldet, daß in dem Gebiet von Tsaribrod in Jugoslawien von zwölf bestehenden Schulen fünf geschlossen worden sind. Sie werden jetzt als Kasernen benutzt. Gleichfalls ist das Gymnasium von Tsaribrod von der Schließung bedroht. Ein großer Teil der Schüler ist verhaftet und in die Gefängnisse geworfen worden. Die kommunistisch eingestellten Lehrer wurden entlassen und durch ehemalige Nazi-Kollaborateure, die jetzt wieder nach Jugoslawien zurückgekehrt sind, ersetzt.

### Amnestie für Verräter

Sofia. Das Stimmrecht bei Wahlen ist in Jugoslawien an 70 000 Personen wieder zurückgegeben worden, die 1945 ihre Bürgerrechte wegen Zusammenarbeit mit dem Feind verloren haben.



# Das schmutzige Geschäft mit den Kriegsgefangenen

Mit der Lüge von der unmenschlichen Behandlung der Kriegsgefangenen in der Sowjetunion ist es vorbei. Die Heimkehrer berichten das Gegenteil. Ihr Leben war harte Arbeit, aber die Sowjetunion entlohnte sie nach ihren Leistungen. Je mehr sie die Verwüstungen überwinden konnten, die Hitlers Armeen angerichtet hatten, desto besser wurden die Kriegsgefangenen versorgt.

Aber die interessierten Kreise haben das unsaubere und gemeine Spiel mit den deutschen Kriegsgefangenen noch nicht aufgegeben. Wir werden in diesem Artikel eindeutig nachweisen, daß es ein Spiel ist, von dem sie selbst wissen, daß sie falsch spielen. Wir geben uns nicht der Illusion hin, daß wir damit etwa den verleumderischen Hetzern, zum Beispiel von der sogenannten „Kriegsgefangenen-Hilfe der SPD“ oder gar ihren Auftraggebern selbst, das Handwerk legen könnten. Nein, die Kriegstreiber und ihre Agenten werden mit dem Gehabe eines Biedermannes immer wieder ihre Lügen wiederholen, (und neue dazu erfinden) obwohl sie selbst von einem ihrer eigenen Regierungsglieder, in diesem besonderen Falle von dem Bundesminister für Arbeit und von den entsprechenden Länderbehörden widerlegt wurden. Auch die Bundesregierung selbst wird in ihrer verleumderischen Hetze gegen die Sowjetunion fortfahren, weil sie diese Hetze nötig hat. „Was ist Wahrheit“, fragen diese Herren und waschen ihre Hände in Unschuld.

Selbst Männer wie Pastor Niemöller, Propst Gruber und Dr. Dibelius müssen sich kritisieren und verleumden lassen, wenn sie die Wahrheit sagen. Ob Wahrheit oder nicht, sagten ihnen die Kriegstreiber, sie hätten ihrer (der Kriegstreiber) eigenen Sache einen schlechten Dienst erwiesen. Denn die Wahrheit, die sie sagten, hatte der Völkerverständigung und dem Frieden gedient und der verleumderischen Hetze von den „Konzentrationslagern“ in der Deutschen Demokratischen Republik den Boden entzogen. Die sogenannte „Gefangenenhilfe der SPD“ und ihr Leiter, Hans Stephan, brauchten von den Kriegstreibern noch nie zur Ordnung gerufen, kritisiert verleumdet zu werden, denn sie haben noch nie die Wahrheit gesagt.

## Auskünfte der Heimkehrer stehen gegen „allgemeine Überlegungen“

Unter dem Datum vom 1. 12. 1949 gibt der Bundesminister für Arbeit, Anton Storch, Unterlagen für die gesetzliche Regelung von Hilfsmaßnahmen für Heimkehrer“ bekannt.

Der Bundesminister für Arbeit, Anton Storch, am 28. November 1949.  
729.71. 12/10/49

AS 600  
Verteilung des Beschlusses des Bundesrates für Kriegsgefangenen- und Zivildienstleistungen  
Herrn Bundesratspräsidenten 1. 12. 49

Bestenfalls Unterlagen für die gesetzliche Regelung von Hilfsmaßnahmen für Heimkehrer.  
In Verbindung mit meinen Schreiben vom 28.11.49 - 729.71. 12/10/49 - über die von den Ländern geschätzten Zahlen der Heimkehrer, die nach dem 1. 9. 1949 noch erwartet werden, und den Anteil der Betreuungsbefürhtigen.

Die Schätzungen der Länder liegen wesentlich niedriger als die Schätzungen des Statistischen Amtes des vereinigten Wirtschaftsgebietes und der Arbeitsgemeinschaft für Kriegsgefangenenfragen in Frankfurt. Die Länder sind bei den Schätzungen offenbar von den Auskünften ausgegangen, die Heimkehrer über die Kriegsgefangenenlager in Rußland und ihre Belegung gegeben haben, während das Statistische Amt bei seinen Schätzungen offenbar auch allgemeine Überlegungen berücksichtigt hat.

Worin wohl die „allgemeinen Überlegungen“, die bei den Schätzungen des Statistischen Amtes eine Rolle spielen, bestanden haben, sicher spielte dabei der Auftrag eine Rolle, der die westdeutschen Vertrauensleute der imperialistischen Kriegstreiber bindet und in breiter Front, die von dem Zentralorgan der SPD „Neuer Vorwärts“ bis zu dem politischen Organ des deutschen Monopolismus „Die Zeit“ reicht, publizistisch vertreten wird.

Diesem Auftrag dient auch, trotz der Feststellungen des Bundesarbeitsministers, die Bonner Separat-Regierung „Die Zeit“ vom 15. 1. 50 berichtet:  
„Bundesrat, Bundestag und Bundesregierung beschreiben jeden denkbar erscheinenden Weg, lassen 5 Millionen Karteikarten drucken, um eine neue, zentrale Registratur aller noch vermisten aufzubauen, ersuchen die Hohen Kommissare um Intervention ihrer Regierungen.“

In demselben Artikel hetzt dieses Blatt mit der bekannten alten faschistischen Unverfrorenheit gegen die Sowjetunion und wärmt sogar die faschistische Lüge über Katyn wieder auf. Bekanntlich haben die Nazis bei Katyn tausende polnischer Offiziere erschossen und in Massengräbern verscharrt. Sie haben diesen bestialischen Massenmord dann den Soldaten der Roten Armee zuschieben versucht, und heute wagen es die „demokratischen“ Blätter, wie „Die Zeit“, unverfrorene Fragen zu stellen, wie z. B. diese:  
„Oder will Stalin Katyn, den Massenmord an der polnischen Elite, nun in anderer Form an den Deutschen wiederholen um unseren Wiederaufbau zu lähmen?“  
(„Die Zeit“, 19. 1. 1950)

## Was will „Die Zeit“ Wiederaufbau?

Von welchem „Wiederaufbau“ spricht überhaupt dieses Blatt. Die Aufstellung des Bundesministers für Arbeit ergibt, daß nach den Berichten der Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein 80 von 100 Heimkehrern arbeitslos bleiben.

In Hohenheim sind es 66, in Bayern, Bremen, Rheinland-Pfalz 50 von 100. Also für die westdeutsche Industrie bedeuten die Heimkehrer lediglich eine Verstärkung der Reservearmee, der rund zwei Millionen Erwerbslosen. „Die Zeit“ aber kennt die Verlautbarung der Sowjetunion, nach der die abgeurteilten Kriegsverbrecher nicht vor Verbüßung ihrer Strafe nach Hause kommen. Für welchen „Wiederaufbau“ aber braucht „Die Zeit“ gerade diese „Elite“? Selbstverständlich zur Faschisierung und Remilitarisierung Westdeutschlands! Zur Verstärkung für die Remer, Hedler, Feitenhans, Meißner und wie die Freunde der faschistischen Erneuerung alle heißen mögen. Und — als Propagandisten und Organisatoren für das von Adenauer geplante deutsche Kontingent in einer europäischen Armee.

Nach der Zusammenstellung des Bundesministers für Arbeit erwarteten alle Bundesländer zusammen nach dem 1. 9. 1949 noch 244 500 Heimkehrer. Das ist die Zahl, von der Minister Anton Storch sagt, daß dabei „offenbar von den Auskünften ausgegangen ist, die Heimkehrer über die Kriegsgefangenenlager in Rußland und ihre Belegung gegeben haben...“

Der Bundesminister für Arbeit  
Aufstellung  
Über die von den Ländern geschätzte Zahl der Heimkehrer, die nach dem 1. 9. 1949 noch erwartet werden, und den Anteil der Betreuungsbefürhtigen.

Land	Zahl der Heimkehrer	von denen 2/3 von dem Bundesrat für arbeitslos befürhtet werden	von denen 1/3 von dem Bundesrat für arbeitslos befürhtet werden		Zahl der arbeitslos bleibenden	Zahl der arbeitslos bleibenden
			1) 2) 3)	4) 5) 6)		
Baden	4.000	5	10	3	5	2
Bayern	50.751	60	70 - 80	30	10	5
Bremen	3.000	8	80	1	50	3
Hamburg	9.000	72				
Hessen	19.000	55	25	3	35	5
Niederrhein	35.000	20	40	5	8	60
Nordrhein-Westfalen	75.000	70	70	4,5	1,5	25
Rheinland-Pfalz	6.000	50	40	10	5	50
Schleswig-Holstein	20.000	40	60	5	10	80
Württemberg	8.000					
Bayern	4.500					
<b>Gesamt</b>	<b>244.500</b>					

ANMERKUNG: Leerzellen bedeuten, dass keine Angaben vorliegen.

## Warum werden die bisher verheimlichten Zahlen aus der Gefangenenkartei nicht veröffentlicht?

„Die Welt“ vom 13. Dezember 1949 behauptet: „Noch über 500 000 Kriegsgefangene“ — „Bonn schätzt Wehrmacht- und Zivilinternierte auf 4,7 Millionen.“ Der bekannte Pfarrer Merten, der sich seit langem mit Kriegsgefangenenfragen beschäftigt, hatte zur gleichen Zeit in einer Pressekonferenz die Zahl der Kriegsgefangenen in der Sowjetunion auf 200 000 geschätzt. Bonn aber betonte in erster Linie die Tatsache, daß die Zahlen, die sich aus der Gefangenenkartei des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) über die wirklichen Verluste ergeben, bis heute nicht veröffentlicht wurden.

Die Hitler und Goebbels hatten aus Propagandagründen die ungeheuerlichen Verluste der deutschen Wehrmacht in der Sowjetunion verschwiegen, und sie hatten schon die Gefangenen der mitglücklichen Winteroffensive 1941 auf Moskau als „Vermißte“ gemeldet.

Diese Methode wurde bis zur endgültigen Niederlage in Berlin fortgesetzt. Man rechnet, daß auf diese Weise 1,5 Millionen Gefangene der Öffentlichkeit verschwiegen wurden. Bonn treibt also ein Spiel mit Goebbelschen Zahlen.

Immer wieder hat die Sowjetunion die Veröffentlichung dieser Gefangenenkartei verlangt. Am 11. Januar 1950 veröffentlichte „Die Welt“ unter der Überschrift „Verdrehung der Tatsachen“ einen Bericht ihrer Berliner Schriftleitung, in dem es heißt:

„Als unwahr bezeichneten Vertreter der Hohen Kommission in Berlin die Behauptung des Ostzonalen Informationsamtes, nach denen auf Veranlassung der Westmächte die Namen gefallener deutscher Soldaten heute noch geheim gehalten werden.“

In der „Neuen Zeitung“ vom 13. 1. 1950 aber kann man lesen:

„Die Unterlagen des ehemaligen OKW über die deutschen Kriegsgefangenen seien auf westalliierte Initiative erhalten geblieben und stünden zur Aufklärung unklarer Fälle zur Verfügung, heißt es in einer Entgegnung amerikanischer Beamten auf den Sowjetvorwurf, die Westmächte verheimlichten Gefangenenlisten.“

Das heißt mit anderen Worten, daß die Amerikaner sich nun bereit erklärt haben, auf einzelne Anfragen, den einzelnen Gefangenen betreffend, Auskunft zu geben. Aber kein Wort ist in dieser Erklärung amerikanischer Beamter darüber enthalten, daß die Liste nun als Ganzes bekannt gegeben, die Zahlen veröffentlicht werden sollen. Und diese Tatsache gibt den westdeutschen Kriegshetzern die Möglichkeit, aus ihren „allgemeinen Überlegungen“ heraus mit erschwindelten Zahlen zu operieren.

Diese „allgemeinen Überlegungen“ und erschwindelten Zahlen sollen die Grundlage geben für einen „Gedenktag für die Gefangenen“, der in Bonn für den 5. März geplant ist, und wo man in „Kundgebungen“ der Hetze gegen die Sowjetunion neuen Auftrieb geben will. Nachdem man in Berlin gerade eine Schlacht verloren hat und das widerrechtlich beschlagnahmte Gebäude der Reichsbahndirektion wieder freigeben mußte, hat nun das Amt der amerikanischen Oberkommission, Abteilung Berlin, eine Erklärung herausgebracht, nach der insgesamt 400 000 deutsche Kriegsgefangene „geheim als Arbeitsklaven“ unter Verletzung internationaler Abmachungen von der Sowjetunion zurückgehalten würden. Die CDU/CSU, die im Bundestag diesen als „Gedenktag für die Gefangenen“ deklarierten Tag der Antisowjethetze beantragt hat die sozialdemokratische „Gefangenenhilfe“ und andere Organisationen, wie z. B. das Rote Kreuz, haben damit ihren Auftrag erhalten.

## Zahlen, die für sich sprechen

Wie es in Wirklichkeit um Hilfe für die heimkehrten Kriegsgefangenen bestellt ist, das zeigt die abelle des Bundesministers für Arbeit. Auch in dieser Tabelle sind die Zahlen von Landesbehörden zum Teil schon frisiert worden, um sie zur Hetze gegen die Sowjetunion mißbrauchen zu können. Die Angaben darüber, wie der Gesundheitszu-

stand der Heimkehrer ist, gehen so weit auseinander, daß ihnen ohne weiteres anzumerken ist, daß sie nicht stimmen. „Vorübergehend arbeitsunfähig“ sind in Baden 10 von Hundert, in Bayern 70 bis 80 von Hundert. Bremen hat den Vogel abgeschossen. Dort wird behauptet, 80 Heimkehrer von Hundert kämen „arbeitsunfähig, krank“ zurück. Bei der Frage aber, „wieviel werden dauerbeschädigt sein“, (das könnte Rentenansprüche ergeben) da heißt es in Bremen zwei von Hundert. Bayern dagegen gibt die Zahl 40 an. Jeder erkennt in der so stark unterschiedlichen „Feststellung“ der Länder die Absicht mancher Dienststellen, auch mit diesen Zahlen dem Ziel zu dienen, das die kriegshetzereischen imperialistischen Auftraggeber ihren Agenten steckten.

Genau so wie in anderen Ländern werden die abgeurteilten Kriegsverbrecher in der Sowjetunion ihre Strafe verbüßen. Aber die Kriegsgefangenen in der Sowjetunion werden restlos in die Heimat entlassen. Kann man aber darum von den Kriegshetzern erwarten, daß sie ihre hetzerische Propaganda aufgeben? Man könnte eher den Hund den Ballen abgewöhnen.

Darum versuchen „Kriegsgefangenenhilfe“ der SPD, das Rote Kreuz, darum versucht auch die Bundesregierung mit ihren 5 Millionen Karteikarten das neue Märchen von zurückgehaltenen Arbeitsklaven glaubhaft zu machen. Jetzt versucht man durch Sygestivfragen von Heimkehrern die Auskunft zu bekommen, daß man versucht hätte, sie für ein freiwilliges Arbeitsverhältnis in der Sowjetunion zu gewinnen.

Weil diese Kampagne ohne Erfolg gewesen sei, hätten die Sowjets dann willkürlich irgendwelche Kriegsgefangene vor Gericht gestellt, um sie zur Zwangsarbeit zu verurteilen. Sicher werden sich sogar einige Heimkehrer vom Schlage Tilo Wagner und Siegfried Gruber bereit finden, solche Aussagen zu machen. Haben doch diese zwei kriminellen Verbrecher, die wegen Betrugs, Betrugs usw. in Untersuchungshaft genommen werden mußten, als „Heimkehrer“ Max Reimann im Bundestag bedrohen dürfen, nachdem Männer der Regierungspartei ihnen die Tür geöffnet hatten. Die Tatsache, daß es sich auch hier um einen aufgelegten Schwindel handelt, ist leicht zu erkennen.

Die Presse von „Die Zeit“ bis zu „Neuer Vorwärts“ hat das übrige zu tun versprochen. Also schreibt der hannoversche Leiter der antisowjetischen Propagandazentrale Hans Stephan, der sich den Biedermannsmantel umzuhängen versucht, indem er sich „Leiter der Kriegsgefangenen-Hilfe der SPD“ benennt, im „Neuen Vorwärts“ einen Artikel. Er selbst erklärt, daß dieser nicht aus „Phantasie-Meldungen“ bestehe, was ihm aber auch ohne dieser Beteuerung niemand geglaubt hätte. Von den „einstigen vier Millionen“ müßten nach seiner Ansicht noch 1 350 000 am Leben sein. Sowjetrußland, so behauptet frech Herr Stephan das eine Mal, habe die „4 Millionen Kriegsgefangenen“ selbst zugegeben, an anderer Stelle deselben Artikels aber liest man:

„Sowjetrußland hat bewußt die Zahl seiner Kriegsgefangenen von Anfang an nicht genannt, um diese Männer und Frauen in das große Heer der Rechtlosen in Sowjetrußland einzureihen, damit es seine Industrie- und Rüstungspläne durchführen kann.“

Diesem „Menschenhandel“ aber, so hetzt der Beauftragte Schumachers weiter, wird die SPD „nicht ruhig zusehen“, sie wird die Kräfte der Welt mobil machen... usw. usf.

Herr Stephan und die rechte SPD-Führung, zu der er gehört, werden mit ihrem wüsten Klaffen nichts daran ändern, daß die Sowjetunion ihren friedlichen Aufbau im Rahmen ihrer Fünfjahrpläne in berauschendem Tempo durchführt und den Sozialismus verwirklicht. Auch daraus, daß in Westdeutschland die Monopolherren, „die unszialistische Epoche der deutschen Geschichte“ (Dr. Kurt Schumacher) hinter dem Wall der gegen links kämpfenden Sozialdemokratie errichtet, hat die rechte Führung der SPD nichts gelernt. Indem sie nach wie vor den Kommunismus als ihren Hauptfeind be-

kämpft, hilft sie dem wirklichen Hauptfeind der deutschen Arbeiterklasse und des deutschen Volkes, hilft sie dem kriegstreiberischen Imperialismus, seine Politik weiter zu treiben.

## Was hat man mit den Kriegsgefangenen vor?

Wer aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft heimkehrt, muß zunächst seinen Fragebogen ausfüllen. Nun, Fragebogen mußten wir alle ausfüllen, immer und immer wieder. Man wollte dutzendfach und aus den verschiedensten Anlässen immer wieder von jedem deutschen Staatsbürger wissen, wie er zur NSDAP und allen ihren Gliederungen gestanden hat. Aber das fragt man die Heimkehrten nicht. Im Gegenteil, die Rubrik Nr. 12 des Fragebogens will über die Zugehörigkeit zur „Antifa“, zur antifaschistischen Front, Auskunft haben. War der Heimkehrer Mitglied, Aktivist oder hat er sogar eine Antifa-Schule absolviert? Und dann noch eine besondere Gewissensfrage in der Rubrik Nr. 14: „welcher politischen Partei gedenken Sie nach Ihrer Heimkehr beizutreten?“ Im übrigen aber fragt man nach dem Alter, dem Gesundheitszustand, Schulbildung, den Sprachkenntnissen (sprechen Sie etwa russisch?) nach der Berufsgruppe der Verwendung bei der Wehrmacht, dem Dienstgrad, der Waffengattung und als was er schon alles gearbeitet hat. Dieser Fragebogen erinnert sehr stark an die Auskünfte, die früher die Wehrkreiskommandos einholten. Aber diese Wehrkreiskommandos haben sich noch nie mit dem friedlichen demokratischen Aufbau befaßt. Im Gegenteil, sie brauchten diese Angaben, um den jungen Mann im „Ernstfalle“ richtig einzusetzen. Wozu braucht man diese Angaben heute? Auf keinen Fall für die Arbeitsämter, denn dort muß der Heimkehrer, ehe er seine Stempelkarte bekommt, genauestens angeben, wie man ihn im Arbeitseinsatz verwenden könnte:

## Ein Hasardspiel auf unsere Kosten

Die friedliebenden Werktätigen sollten sich in Deutschland über einige Fragen klar werden. Warum mußten deutsche Männer zu Kriegsgefangenen werden? Weil die brauchte zur Erhöhung ihrer Profite. Warum aber sollen die in die Heimat entlassenen ehemaligen Kriegsgefangenen jetzt zur Hetze gegen die Sowjetunion und zur Propagierung der Remilitarisierung Westdeutschlands beitragen? Weil die alten Kräfte der Schwerindustrie in Westdeutschland wieder an der Macht sind und weil sie unfähig sind, eine friedliche Wirtschaft aufzubauen. Als Hasardeure, als Glücksspieler die in allen Kriegen, die sie anzettelten, al-



Die Reste der Hitler-Armee, die nach dem Willen der deutschen Faschistenführer bis zur Erschöpfung kämpfen mußten, bevor sie halbrot kapitulierten. Unser Bild zeigt eine Aufnahme aus dem sowjetischen Film „Die Stalinger Schlacht“

## Beispielhafte Solidarität in Argentinien

Auszug aus einem Brief des Genossen J

Buenos Aires, Januar 1950. In der Provinz Tucuman (Argentinien) waren die Arbeiter der Zuckerindustrie in Streik getreten, um Lohnerhöhung zu erhalten. Die Unternehmer stellten sich bodenbeinig. Nach zwei Wochen beschloß der Verband der Gastwirtschaften ebenfalls in den Solidaritätsstreik zu treten. Die oberste Leitung des Allgemeinen Argentinischen Gewerkschaftsbundes (peronistisch) war natürlich dagegen. Es handelte sich um die Provinzpolizei-Verhaftungen unter den Führern der streikenden Gastwirtschaften vornehm. Der Streik wurde aber weiter und wurde nach mehreren Wochen wieder freigegeben, bis auf einen bekannten Kommunisten, der spurlos verschwand in einem Walde ermordet aufgefunden.

Die Empörung über diesen Vorfalle, besonders in der Provinz Tucuman, war so groß, daß selbst Präsident Peron sich genötigt sah, eine strenge Untersuchung anzuordnen, um die Schuldigen (unter der Polizei) ausfindig zu machen.

Bei der Beerdigung des Ermordeten in der Provinzhauptstadt beteiligte sich eine riesige Menschenmenge. Die meisten Fabriken und Kaufhäuser hielten ihre Tore geschlossen. Nicht genug damit, beschlossen die Führer sämtlicher örtlichen Arbeitergewerkschaften von Tucuman einen Generalstreik durchzuführen, der für 20. Dezember angesagt wurde. Laut Zeitungsberichten war dieser General- und Proteststreik in der ganzen Provinz vollständig durchgeführt worden, obwohl die obersten Bonzen in Buenos Aires die Arbeiter warnten, diese „kommunistische Mache“ nicht mitzumachen. Tatsächlich ruhte auch jede Tätigkeit am 20. 12. Die Arbeiter befolgten hundertprozentig die Streikparole. Selbst Straßenbahnen, Taxis und Ueberlandomnibusse ruhten. Sogar hier in den Schlachthäusern von Buenos Aires legten die Arbeiter aus Protest ihre Tätigkeit nieder.

Die argentinischen Arbeiter protestierten also, gleich welcher Parteizugehörigkeit, geschlossen gegen die feige Ermordung eines

les auf eine Karte setzten, und immer nur das Blut, die Gesundheit und das Eigentum des werktätigen Volkes verspielten, ohne bisher selbst zur Rechenschaft gezogen zu werden, wollen sie wieder an dem „Spielchen“ teilhaben, zu dem das Oberkommando der Atlantikpakt-Staaten die Karten mischt. Und die Kriegsgefangenen von gestern, sollen selbst helfen, den Haß und die Kriegslust gegen die Sowjetunion wieder zur Blüte zu verhelfen. Sie sollen helfen, daß die deutsche Jugend wieder als Kanonenfutter stirbt, oder die Leiden der Kriegsgefangenen erleben muß. Sie sollen als Werkzeuge gebraucht werden, mit denen man das Glück ihres Volkes zerschlagen will.

## Deutschland braucht den Frieden!

Deutschland braucht keinen Krieg, sondern Frieden. Unseren friedlichen Aufbau schaffen nicht Soldaten, sondern Werktätige. Darum ist uns der Abzug der Besatzungstruppen nötig, nicht aber die Remilitarisierung Westdeutschlands. Ein Krieg würde Deutschland vernichten, jeder der zwei Weltkriege warf das deutsche Volk politisch, wirtschaftlich und kulturell zurück. Die Einheit Deutschlands, die wichtigste Lebensfrage unseres Volkes kann nur auf dem Wege der Verständigung mit allen friedliebenden Völkern erreicht werden. Darum müssen sich auch die Heimkehrer der Front des Friedens anschließen, müssen den Chauvinismus verdammen, der Hetze gegen die Sowjetunion entgegengetreten und aktive Kämpfer für die Verteidigung des Friedens werden.

Gerade die Heimkehrer aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft wissen, mit welcher fanatischen Begeisterung die Völker der Sowjetunion am Frieden arbeiten und wie sie den Krieg verabscheuen. Die Sowjetunion bedroht nicht den Frieden in der Welt, sondern kämpft mit vollem Einsatz für ihn. Zu diesem Volk muß Deutschland Freundschaft pflegen, darf sich nicht von den Kriegstreibern verhetzen lassen.

Es geht um die friedliche Zukunft unseres Volkes und um den Frieden der Welt. Es geht darum, unsere Heimat zu einem freien und unabhängigen Land zu machen. Es geht um die Deutsche Demokratische Republik.

Die Kräfte des Friedens in der ganzen Welt sind stärker als die der Vernichtung und die des imperialistischen Krieges. In Europa braucht nur noch das deutsche Volk geschlossen auf die Seite des Friedenslagers zu treten, und auch für Europa ist der Frieden gesichert. Das ist der Sinn der Freundschaft Stalins an die Deutsche Demokratische Republik, in der er sagt, daß, wenn das deutsche Volk und das sowjetische mit der gleichen Anspannung aller Kräfte für den Frieden kämpfen, mit der sie den Krieg führten, so kann man den Frieden in Europa als gesichert ansehen.

## Nationalpreisträger bei Staatspräsident Wilhelm Pieck

Der Staatspräsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, empfing am Montag die Nationalpreisträger zu einer Aussprache. Hierbei sagte der Präsident über die Aufgaben der Wissenschaft und Technik unter anderem folgendes:

„Die Verleihung des Nationalpreises war bekanntlich in der Kulturordnung der Deutschen Wirtschaftskommission vorgesehen. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird sie in einer besonderen Kulturverordnung übernehmen. Darüber hinaus aber wird diese zu erwartende Kulturverordnung umfangreiche Bestimmungen für die Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten aller Intellektuellen bringen. Dabei wird die Regierung unserer Republik in ihrer Kulturverordnung unzweideutig ihren Willen zum Ausdruck bringen, nur die Kräfte zu unterstützen, deren Wirken dem Volke dient und damit dem Aufbau und der Festigung unserer demokratischen Ordnung. Die geplante Kulturverordnung soll ein wesentlicher Beitrag in unserem Kampf um eine demokratische Kultur, in unserem Kampf um die Erhaltung der kulturellen Einheit unserer Nation sein.“

Wir wollen durch unsere Arbeit in der Deutschen Demokratischen Republik den Beweis dafür erbringen, daß wir die deutsche Wissenschaft und Kultur am besten wahren und mehr, indem wir für eine demokratische Einheit Deutschlands kämpfen. In diesem Sinne möchte ich abschließend wünschen, daß Sie als Nationalpreisträger und alle Ihre Kollegen zu bewußten und entschlossenen Mitkämpfern der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands werden.



# 2 Millionen Arbeitslose im Spiegel der Badischen Presse

### Von dunklen Flecken der Mißmut und Wirtschaftsärzten

Freiburg. Die letzten Meldungen über die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland sprechen von 1,8 bis 1,9 Millionen Arbeitslosen und 1 Million Kurzarbeiter. Bei der statistischen Feststellung dieser Zahlen und der Voraussage, es sei mit einem weiteren Ansteigen zu rechnen, so daß Ende Januar bereits die 2-Millionengrenze überschritten sein dürfte, bleiben die Sprecher der westdeutschen Regierung stehen. Was sagen die Zeitungen Südbadens dazu?

Es brennt wirklich. Diese Feststellung macht die „Badische Zeitung“ und fährt u. a. fort, daß der letzte Ausweis über die Zahl der Arbeitslosen im Bundesgebiet ein Alarmzeichen sei, das nicht mehr überhört werden darf.

Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit ist heute die dringende Aufgabe der Bundesrepublik. Gelingen oder Mißlingen entscheidet zum mindesten über den Glauben an die seit der Währungsreform geübte Wirtschaftspolitik; auf weite Sicht stehen womöglich Entscheidungen von noch größerer Tragweite auf dem Spiele.

Soweit die „Badische Zeitung“. Zu ihrer Beruhigung möchte man sagen, daß die Entscheidung über Glauben oder Unglauben hinsichtlich der westdeutschen Wirtschaftspolitik schon längst gefallen ist und die Frage nur heißen kann: wie lange kann die westdeutsche Sozialregierung in Bonn noch ihr Spiel fortsetzen? Wie lange werden sich die Arbeiter und Angestellten, die Flüchtlinge und Ausgebombten und nicht zuletzt die Arbeitslosen selbst diese Politik noch gefallen lassen und die Beruhigungspillen der Regierungsparteien einschließlich der SPD geduldig schlucken?

11 227 Arbeitslose in Südbaden. Die „Tagesspost“ enthält sich eines nennenswerten Kommentars über die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland im allgemeinen und in Südbaden im besonderen. Sie veröffentlichte am 20. Januar die statistischen Angaben des Landesarbeitsamts Baden, aus denen hervorgeht, daß die Zahl der Arbeitslosen im letzten Quartal 1949 von achttausend auf elftausend Personen gestiegen ist, und die Zahl der Arbeitslosen bereits über 14 500 Menschen beiderlei Geschlechts beträgt. Außerdem nahm in Südbaden die Zahl der Kurzarbeiter so zu, daß zur Zeit fast 300 Betriebe in Südbaden kurzarbeitslos sind.

Die schlimmsten Befürchtungen übertröffen. Das „Volk“ veröffentlicht einen kurzen Kommentar über eine Meldung aus Frankfurt und schreibt dazu, daß Deutschland heute die größte Arbeitslosenziffer Europas habe und die schlimmsten Befürchtungen und Prophezeiungen der SPD Wirklichkeit geworden seien.

Wir wissen bei unserem Kommentar zu Schumachers Rede bereits darauf hin, daß diesem die Hetze gegen die Sowjetunion und der Aufruf zur Eroberung des Ostens wichtiger war, als sich um die zwei Millionen Arbeitslosen zu sorgen. So nimmt es nicht wunder, daß konkrete Vorschläge der Redaktion „Das Volk“ fehlen, sondern

sich die SPD begnügt, die Regierung aufzufordern, „beschleunigt ein Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit dem Ziel der Vollbeschäftigung auszuarbeiten.“

Daß die rechten Führer der SPD aber Prophezeiungen von sich gegeben hätten, die die Arbeitslosigkeit voraussagten, ist eine glatte Lüge. Ihre verantwortlichen Minister in den westdeutschen Ländern haben konsequent die Anordnungen der „Frankfurter Wirtschaftspolitik“ ausgeführt und die „freie Wirtschaft“ mitsamt dem Marshallplan bis in den Himmel gelobt. Befürchtet haben diese rechtssozialistischen Führer nur eins: daß die Folgen ihrer Politik so schnell und wirksam den breiten Massen zum Bewußtsein gelangen könnten und ihre Befürchtungen dahingehend, daß sie für ihren Verrat einmal von der gesamten Arbeiterklasse zur Verantwortung gezogen werden, können garnicht groß genug sein.

Arbeitslosigkeit bis 1952. Die „Gegenwart“ beschäftigt sich in ihrer neuesten Nummer ebenfalls mit dem Problem der wachsenden Arbeitslosigkeit und kommt dabei zu folgenden Feststellungen:

Demnächst werden wir zwei Millionen Arbeitslose, die Familien eingerechnet, vier Millionen Menschen haben, die von der Fülle des Marktes ausgeschlossen, der Rationierung durch ein minimales Einkommen ausgeliefert sind. (Es sind einige Millionen mehr, die von der Fülle des Marktes ausgeschlossen sind, so ungenügend die Redakteure der „Gegenwart“ dies auch zugeben wollen.)

Der betreffende Artikel fährt dann an anderer Stelle fort: „Die Zunahme der Arbeitszeit von etwa 44 auf 48 Stunden wöchentlich seit der Geldreform und die Erhöhung der Arbeitsleistung — die Industrieproduktion ist 1949 um 23 Prozent gestiegen, die Zahl der Beschäftigten nur um sieben bis acht Prozent — beschränken das Arbeitsangebot.“

Hier ist — die verschämten Umschreibungen liegen nun einmal in der Feder des gegenwärtigen Redakteurs — mindestens eins zuzugeben: Eine der Ursachen der Arbeitslosigkeit liegt in der verstärkten Ausbeutung der Arbeiter durch die Unternehmer. Das wird durch eine zweite Feststellung noch unterstrichen: „Inzwischen hat auch die Beschäftigung abgenommen. Ältere, teure Arbeitskräfte wurden durch jüngere, billigere und leistungsfähigere Kräfte ersetzt.“

Das Blatt schließt seine Ausführungen mit der Bekräftigung: „Was Sorge macht, ist die Drohung einer dauernden großen Arbeitslosigkeit bis zum Ende des Marshallplans, also bis Mitte 1952“, wobei fast 1,8 Millionen Arbeitslose als Durchschnittszahl angenommen wird.

Es ist interessant, daß hier der Marshallplan mit der Höhe der Arbeitslosigkeit in Zusammenhang gebracht wird, wobei aber mit zwei Illusionen „skulliert“ wird, einmal mit der Hoffnung, daß die Arbeitslosigkeit nach Beendigung des Marshallplans sinken wird — eine verfehlte Spekulation,

wenn die Marshallplan-Politik nicht durch eine einheitliche und kampfbereite Arbeiterschaft, durch die Front einer nationalen, geschlossenen Bewegung mit dem Ziel der Befreiung Deutschlands vom Joch der amerikanischen Imperialisten und ihrer deutschen Helfershelfer abgelöst wird — zum anderen verbreitet das Blatt die Illusion, die Arbeitslosigkeit würde mit 1,8 Millionen ihre durchschnittliche Höhe erreicht haben — eine ebenso verfehlte Annahme, wenn nicht mit der Politik der „freien Wirtschaft“ endgültig Schluß gemacht wird durch die geschlossene Aktion der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten.

Die Wirtschaftsärzte beraten. Daß in der Badischen Presse einige Thesen über Ursachen und Überwindung der Arbeitslosigkeit aufgestellt werden, ist klar. Wir wollen nur ein paar Stübchen herausgreifen:

„Die Gegenwart“: „Die Unternehmer dürfen die Wirtschaftsfreiheit, die sie so gepriesen haben, nicht einseitig gebrauchen.“

„Die Wirtschaftsärzte müssen sich auch an die einzelnen Herde der Arbeitslosigkeit und in die Unternehmen begeben und dort nach dem Rechten sehen.“

„Das Volk“: „Die Bundesregierung wird schon konkrete Maßnahmen in Vorschlag bringen müssen, um einer Katastrophe vorzubeugen.“

„Badische Zeitung“: „Das Streitgespräch müßte also darum gehen, wie das beklagte Mißverhältnis verbessert werden kann. — Die ständige Wiederholung des Rufs nach Auslandskapital deutet zwar auf eine Möglichkeit, das Allheilmittel zeigt sie nicht. — Mit der Hoffnung, die Kapitalbildung zu fördern, hat der Bundesfinanz-

minister auch den Abbau der besonders die höheren Einkommen treffenden Steuerprogression empfohlen.“

Bei der Verteilung dieser Lasten auf die starken und auf die schwachen Schultern mag es Fehler und Möglichkeiten zur Kritik geben, das dürfte aber mehr eine Frage der sozialen Gerechtigkeit sein, ein dunkler Flecken, der Mißmut schafft, aber nicht die tiefe Wurzel des Übels.“

Wir werden geschlossen kämpfen. UNSER TAG hat den Weg zur Überwindung der Arbeitslosigkeit immer wieder aufgezeigt und wird nicht müde werden, in der vordersten Reihe des notwendigen Kampfes zu stehen. Wir reden nicht von dunklen Flecken des Mißmuts, noch von einer Verbesserung des beklagten Mißverhältnisses. Wir trauen auch nicht den Wirtschaftsärzten wie Erhardt und Konsorten einschließlich der Wirtschaftsberater des Hannoverischen SPD-Büros, die statt eigener konkreter Vorschläge auf die CDU/FDP-Regierung hoffen und auf den Marshallplan.

UNSER TAG schrieb zum Problem der Arbeitslosigkeit vor kurzem, und wir wollen damit unsere Presseübersicht schließen: „Nicht vergessen werden aber darf, daß nur der Kampf gegen die Ehrhardt'sche Wirtschaftspolitik, gegen den Marshallplan und seine Auswirkungen, gegen die Drosselung des Interzonenhandels und die Beschränkung des freien Handels mit allen Ländern, besonders mit der Sowjetunion und den südöstlichen Staaten, sowie der Kampf gegen die Fortsetzung der Demontagen eine Gewähr bietet, ein großes Massenelend im Gefolge einer noch weiter wachsenden Erwerbslosigkeit zu verhindern!“

## Aus dem Parteileben

Kreis Bühl. Am Sonntag, den 5. Februar, 8.30 Uhr, findet im „Feldschlösschen“ in Achern unsere regelmäßige monatliche Kreismitgliederversammlung statt. Gen. Feis vom Sekretariat der Landesleitung wird anwesend sein. Tagesordnung: 1. Ideologische und politische Festigung der Partei. 2. Organisationsfragen. 3. Verschiedenes.

Kreis Kehl. Am 12. Februar, findet in Renchen für den Kreis Kehl eine Landkreiskonferenz statt. Beginn 9.30 Uhr im Gasthaus „Zum Bahnhof“.

Freiburg. Am kommenden Freitag findet in den Räumern der Landesleitung die wöchentliche Funktionsschulung statt. Alle Funktionäre einschl. der Unterkassierer, Wohngruppenleiter und Betriebsgruppenfunktionäre finden sich pünktlich um 20 Uhr im Sitzungsraum ein. Thema: Resolution des PV, Weiterführung der Diskussion vom vergangenen Freitag.

## Achtung! Lumpenpack und Pöbel!

Jeden Tag hören Sie diese Sendereihe:

„Achtung, Lumpenpack und Pöbel!“

Das Neueste von der Demontage“

um 17.25 im Deutschlandsender

Vergessen Sie nicht, sich einzuschalten.

Hören Sie die Stimme des demokratischen Deutschland!

(S. r.)

## Munitionsdepot am Freiburger Stadtrand

Soll Freiburg das Schicksal von Prüm erleben? / KPD fordert sofortige Maßnahmen

OB: „Hoffen wir, daß nichts passiert“

Freiburg. In der Stadtratssitzung am vergangenen Dienstag kam die unerhörte Tatsache zur Sprache, daß am Rande der Stadt gegenüber der Vaubankaserne sich ein Munitionsdepot befindet. Dem Publikum verschlug diese Nachricht die Sprache, wobei sich sicher viele der Zuhörer und auch der Stadträte des Artikels in „Unser Tag“ erinnern, in dem erst vor wenigen Tagen die Gefahr solcher Munitionslager aufgezeigt wurde. Dann ergriff Stadträtin Seifried das Wort, und fragte zunächst, ob sich der Stadtrat bei der Bekanntgabe durch den Oberbürgermeister nicht etwa verhöhrt habe. Dieser bestätigte nochmals die Tatsache, worauf Frau Seifried erklärte, daß fünf Jahre nach Kriegsende unter keinen Umständen der Bevölkerung zugemutet werden könne, angesichts der drohenden Gefahr einer Explosion ruhig zuzuwarten. Sie erinnerte nochmals an das furchtbare Unglück von Prüm im vorigen Jahr, wo eine ganze Stadt das Opfer einer Detonation amerikanischer Kriegsmu-

nition wurde. Sie forderte, daß die Stadt sofort Schritte unternimmt, um bei den betreffenden Behörden die Beseitigung dieses Gefahrenherdes zu erreichen und sich die Bevölkerung keineswegs damit zufriedengeben wird, daß der Oberbürgermeister Dr. Hoffmann seiner Hoffnung Ausdruck gibt: „Hoffen wir, daß nichts passiert.“

2 Millionen DM für Wohnungsbau

In der vorangegangenen Sitzung kam im übrigen zur Sprache, daß die 2 Millionen DM aus dem Landesarbeitsstock von der Stadt und der Siedlungsgesellschaft zum Bau von Wohnungen übernommen werden. Stadträtin Seifried forderte, daß zuerst die Wohnungen im Stühlinger und anderen Stadtteilen hergerichtet werden müssen, die schon seit Jahren den Witterungsverhältnissen ausgesetzt sind. Diese und die anderen zu bauenden Wohnungen müssen außerdem zu Preisen vermietet werden, die die werktätige Bevölkerung wirklich zahlen kann und sollen außerdem dem Wohnungsamt zur Verfügung gestellt werden, damit endlich diejenigen, die schon seit Jahren Anträge laufen haben, eine Wohnung erhalten.

Die Angestellten des Ernährungsamtes brauchen Arbeit

Zur Auflösung des Ernährungsamtes und der damit fälligen Entlassung der dort bisher beschäftigten Angestellten, erklärte Frau Seifried, daß sie grundsätzlich gegen Sparmaßnahmen der Verwaltung auf Kosten der kleinen Angestellten sei, besonders da es sich hier um Angestellte handle, die jahrelang ihre Pflicht taten, als andere Leute Schwarzmarktgeschäfte trieben.

Es muß deshalb unter allen Umständen dafür gesorgt werden, daß die betreffenden Angestellten umgehend einer Beschäftigung entsprechend ihrer Fähigkeiten zu den geltenden Tarifen zugeführt werden.

Die weitere Erhebung der Kleingartenüberwachungsgebühren wurde einstimmig abgelehnt. Die Behandlung der Frage der Reibhuthkosten wurde dem Finanzausschuß mit der Forderung von Frau Seifried überwiesen, hierbei die Lage der schwer um ihre Existenz ringenden kleinen Weinbauern zu berücksichtigen.

Proteste der Arbeiter hatten Erfolg

Keine Vetterung der Straßenbahn-Arbeiterwochenkarte

Am Schluß wurde nochmals die Frage der Straßenbahntarife aufgeworfen. Der Protest der werktätigen Bevölkerung ist nicht ohne Erfolg geblieben, die Arbeiterwochenkarte auf der Straßenbahn werden nicht erhöht, im Gegensatz zu der ursprünglichen Absicht der Stadtverwaltung.

In diesem Zusammenhang können wir nach einem Telefonat mit der Hauptstadt Deutschlands, Berlin, zu der Frage eines Stadtrats in der vorletzten Sitzung Auskunft geben. Die Straßenbahntarife in Berlin (Deutsche Demokratische Republik) sind: Geradeaus-Fahrten kosten 25 Pfennige, Umsteiger 30 Pfennige. Das bedeutet, daß man für 25 Pfennige eine Strecke fahren kann, wie von Freiburg nach Lahr (!) das ist genau so weit, wie von äußersten Norden bis zum äußersten Süden Berlins. Dieser Straßenbahntarif ist in Berlin seit 1945 unverändert gültig.

## Leser schreiben UNSER TAG

geber des SWF möchte ich Ihnen noch folgendes Bravourstückchen des Südwestfunk mitteilen, geschehen im Dezember 1949:

Kurz vor Weihnachten gab der SWF volltönend bekannt, daß alle in französischen Betrieben beschäftigten deutschen Arbeitnehmer eine Weihnachtsgratifikation von 25 DM erhalten würden. Darob große Freude bei allen, die sich angesprochen fühlten. Erwartungsvoll sah man der Lohnauszahlung plus Weihnachtsgratifikation entgegen, im stillen wurde sie schon für eine Neuanschaffung angelegt. Doch was geschah? In dem französischen Betrieb, in dem ich beschäftigt war, erhielt dann gerade ein Drittel der Arbeitnehmer diese Gratifikation, die durch sog. Budgetmark besoldeten Gehaltsempfänger, jedoch die Lohnempfänger, das Haus- und Küchenpersonal, gingen leer aus. Es herrschte eine erbitterte Mißstimmung wegen dieser ungerechten Verteilung, zumal doch der SWF die Gratifikation für alle verkündet hatte. Die Gewerkschaft hielt eine Rückfrage beim SWF, der sich jetzt lahm herausgeschwindelte, er hätte in seiner damaligen Ankündigung bestimmt nur die durch Budgetmark besoldeten Arbeitnehmer erwähnt. Es ist nur merkwürdig, daß niemand dies gehört hat, wäre doch sonst sofort die Erkundigung auf der Dienststelle erfolgt, ob man zu diesem Kreis gehöre. — Die Herren im Aufsichtsrat des SWF, die außer großen

Gehältern noch diverse Diäten beziehen, können sich natürlich nicht vorstellen, wie dem kleinen Lohnempfänger zumute ist, dem zuerst 25 DM versprochen und dann nicht gegeben werden.

Es wird endlich Zeit, daß im Rundfunkrat Vertreter der Arbeiterschaft mitsprechen, die dem Volk die Wahrheit sagen und keine lügnischen Versprechungen machen. (a. h.)

## „Freie Bahn dem Tüchtigen“

„Wer mehr arbeitet, soll besser leben.“ Solche und ähnliche Sprüche werden mit besonderer Vorliebe von den bürgerlichen Zeitungen großmäulig, als demokratisches Mittelchen, ausposaunt. Ausgerechnet das „Badische Tageblatt“, das geradezu trieft von diesen demokratischen Plattheiten, wendet in der Praxis gegenüber den Aermsten seiner Arbeitnehmer skandalöse Zwangsmaßnahmen an und schämt sich nicht, schriftlich seine Zeitungsfrauen zu verpflichten, für keine andere Zeitung zu arbeiten. Die paar Kröten, die eine Zeitungsfrau durch das dreimalige Austragen in der Woche erhält, reichen nicht hin und her, und hat einmal so eine Frau ein gutes Angebot, an den freien Tagen eine andere Zeitung auszutragen und noch ein paar Mark hinzuzuverdienen, muß sie es ablehnen, da der Zwangsvertrag sie bindet.

Haben sich etwa die Herren Redakteure auch verpflichtet, mit ihrem guten Gehalt zufrieden zu sein und sich nicht ihre Artikel, die sie für andere Blätter schreiben, honorieren zu lassen?

Wir hoffen, daß sich die Gewerkschaft einmal mit diesem Thema beschäftigt. — m. g.

## Südwestfunk — einmal mehr gelogen

Im Anschluß an den in der Freitag-Ausgabe veröffentlichten Artikel „Die Auftrag-

## Protest gegen Verkauf von Jugendherbergen

Überlingen. Wie wir erfahren, erheben die Jugendorganisationen des Kreises Überlingen energisch Protest gegen den geplanten Verkauf der Jugendherbergen Titisee, Baden-Baden und Schloß Ortenberg bei Offenburg. In diese Zusammenhang machen wir nochmals auf eine Denkschrift des badischen Jugendherbergwerks aufmerksam in der ebenfalls gegen diesen geplanten Schritt des badischen Finanzministeriums protestiert wird. Bekanntlich hat bereits im Dezember 1949 die FDJ, Landesverband Baden, schärfstens dagegen Stellung genommen, daß die Jugendherbergen als sogenanntes ehemaliges Nazivermögen dem Wiedergutmachungsfonds zufließen und gefordert, daß zu Wiedergutmachungszwecken das Vermögen der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten herangezogen wird, unter keinen Umständen aber die Jugend durch den Verkauf ihrer Herbergen geschädigt wird.

Wie wir dazu seitens des Badischen Finanzministeriums erfahren, wird an einen Verkauf der Jugendherberge Titisee nicht gedacht, sondern nur an einen solchen der Villa Stroth in Baden-Baden und des Schlosses Ortenberg, wobei allerdings noch keine bindenden Verhandlungen aufgenommen wurden.

Trotzdem muß mit aller Deutlichkeit gefordert werden, daß die Jugendherbergen in Südbaden der Jugend zurückgegeben wer-

den, um damit eine der wichtigsten Voraussetzungen zur Förderung des Jugendwanderns und der Zusammenkünfte von Jugendlichen zu erhalten.

Die Landesjugendausschussitzung in Titisee am 11. und 12. 2. wird zu dieser Angelegenheit ausführlich Stellung nehmen. Wir werden über das Ergebnis zu gegebener Zeit berichten.

Konzert zugunsten des Blindenvereins Freiburg. Der Freiburger Männergesangsverein wiederholt sein im letzten Dezember veranstaltetes Festkonzert am kommenden Sonntag, den 5. Februar, um 20 Uhr im Paulusaal zugunsten des Badischen Blindenvereins. Im künstlerisch sehr wertvollen Heimatprogramm werden auch die vier alemannischen Lieder von Wilhelm Weiß bei dieser Gelegenheit zur Uraufführung gebracht.

Eintritts-Programme zum Preise von 1.50 DM sind erhältlich bei Karl Rath, Stahl- und Silberwaren, Oberlinden 21, bei der Geschäftsstelle des Badischen Blindenvereins, Freiburg, Karlstraße 87, und an der Abendkasse des Paulusaales. Der Saal ist geheizt.

Schwarzwaldverein Sulzburg. Am kommenden Sonntag, 5. Februar, findet im Gasthaus „Zur Krone“ um 14 Uhr ein Vortrag von Dr. Scheffelt-Badenweiler über die „Vorgeschichte unserer Heimat“ statt.

## Achtung Rußland-Heimkehrer!

Wer kann Auskunft geben über den seit 22. Juli 1943 bei Orel schwerverwundeten und vermissten ehemaligen

## Obergefreiten Wilhelm Flörchinger

Feldpost-Nr. 15 447/E, geb. am 20. 9. 1920 in Speyer. Für jede Auskunft danken die Eltern.

Wilhelm Flörchinger, Speyer, Ehrlichweg 30

## Winter-Schlus-Verkauf

Trotz niedrigem Preis, gute Qualität!

- Schürzendrucke ab DM 2.35
- Winterdirndlstoffe ab DM 2.50
- Kleiderstoffe ab DM 2.85
- Mantelstoffe ab DM 9.80

Beachten Sie bitte unsere 7 Schaufenster!

Textil-Aussteuerhaus  
Freiburg im Breisgau  
Münsterplatz 7-9



## Theater-Lichtspiele

FREIBURG I. BR., EINGANG SEDANSTRASSE

### Nachtwache

mit Luise Ulrich, Hans Nielsen, René Deltgen, Dieter Borsche, Käthe Haack, Angelika Voelkner, u. a.

Regie: Harald Braun

Dazu: Fliegende Früchte Kulturfilm

Ab 3. Februar 1950

erstmalig die „Neue Deutsche Wochenschau“

Anfangszeiten täglich: 14.15, 16.30, 18.45, 21.00 Uhr

Vorverkauf täglich 10 — 12 1/2 Uhr — Telefon 3393

inszerieren bringt Gewinn!

## Winter-Schlusverkauf

Besonders billige Sonderposten  
Preismäßigung auf Winterartikel

### Gotthart

jetzt Bertholdstraße gegenüber Stadttheater  
Seit 1949 im Familienbesitz



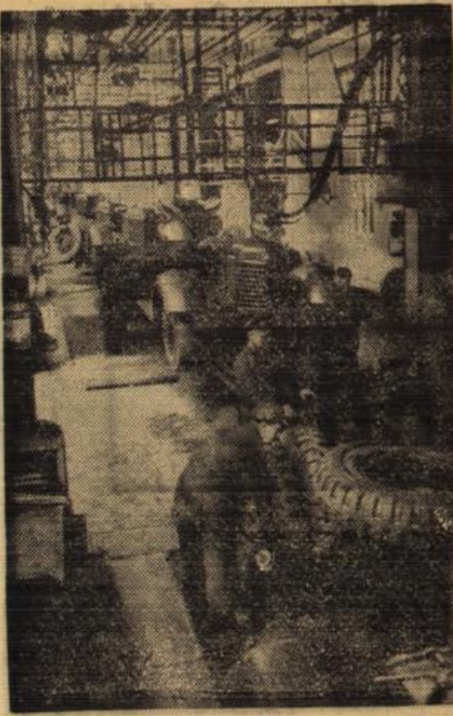
## Die große Wende

Heute sind seit der Beendigung der Schlacht von Stalingrad sieben Jahre vergangen. Mit dieser Schlacht erzwang die Rote Armee unter Führung von J. W. Stalin die große Wende in dem unseligsten aller Weltkriege. Hitlers Traum von der Welt Herrschaft und der Unterdrückung fremder Völker war ausgeträumt.

Am 19. August 1942 hieß es in einem Befehl des OAK 6 der Hitlerarmee: „Die 6. Armee stößt in den Raum hart nördlich Stalingrad bis an die Wolga durch, während gleichzeitig Teilkörper von Nordwesten in die Stadt eindringen und sie nehmen.“ (1) Am 23. August, abends, standen Panzer des XIV. Panzer-AK in Rynok, der nördlichsten Vorstadt Stalingrads. Die Divisionen des II. AK (von Seydlitz) rückten konzentrisch auf die Stadt vor. Hitler befahl, Stalingrad ohne Rücksicht auf Verluste nicht später als am 25. August 1942 zu nehmen. Drei Tage lang wurde die Stadt ununterbrochen mit Bomben belegt. Rund 2000 Flugzeuge und über 1500 Geschütze unterstützten die im September dort kämpfenden 36 Divisionen der 6. Armee und der 4. Panzerarmee. Am 14. September gelang in der Nähe des Bahnhofs ein Einbruch in die Stadt. Am 22. September wurde an einem isolierten Punkt die Wolga erreicht. Aber die Stadt fiel nicht!

Der Oberste Befehlshaber der Roten Armee, J. W. Stalin, gab den historischen Befehl, den Angriff der Hitlerarmee zum Stehen zu bringen. „Keinen Schritt zurück!“ Unter General W. T. Tschukow verteidigten die Kämpfer der 62. Armee und die Einwohner der Stadt jedes Haus. In Eilmärschen rückten weitere sowjetische Truppen heran.

Am 19. November 1942 gingen die Sowjettruppen der südwestlichen, der Don- und der Stalingrader Front zum Gegenangriff über. In zwei Richtungen, nordwestlich und südlich von Stalingrad, durchbrachen sie die deutsche Verteidigung in einer Breite von 20 bis 30 km, zerschlugen ihre Flanken und schlossen bereits am 23. November einen festen Ring um die hitlerfaschistische 6. Armee und die 4. Panzerarmee. Man steuerte Versuch, mit bedeutenden Panzerkräften von außen die Umklammerung zu durchbrechen, scheiterte. Gleichzeitig gingen die Sowjettruppen auf Befehl von J. W. Stalin an mittleren Don zum Angriff über und warfen die Landräuber um 200 bis 300 km zurück. Die Lage der eingekesselten Paulus-Armee war hoffnungslos. Das sowjetische Oberkommando schlug durch den späteren Hauptmarschall der Artillerie, Woronow, und den heutigen Verteidigungsminister Polens, Marschall Rokossowski, dem deutschen Oberkommando vor, sich zu ergeben. Paulus lehnte ab. „Wenn der Feind sich nicht ergibt, wird er vernichtet.“ Nach diesem Grundsatz wurden in der Zeit vom 10. Januar bis 2. Februar 1943 zwei deutsche Elitearmeen in Stärke von über 330 000 Mann zusammengepackt und liquidiert. Nur ein Drittel ihres Bestandes geriet in Gefangenschaft, etwa 91 000 Mann, darunter 2500 Offiziere und 24 Generäle mit Generalfeldmarschall Paulus an der Spitze. Die Kriegsgeschichte kannte bis dahin keine Einkesselung und Vernichtung solcher Truppenmassen. Die Ueberlegenheit der wissenschaftlichen Kriegsführung durch Stalin und die sowjetischen Kommandeure wurde aller Welt offenbart. Stalingrad war die größte Schlacht und der größte Sieg aller Zeiten.



Blick in die Stalingrader Auto-Fabrik

Am 29. Januar 1860 wurde der große russische Dichter Anton Tschechow geboren, in dem nur zwei Jahrzehnte umfassenden Zeitraum seines Schaffens — er starb bereits mit 43 Jahren in Badenweiler an einem Lungenleiden — hat er der Welt eine Fülle von ausgezeichneten Erzählungen und Novellen geschenkt, die ihn als Meister der russischen Kurznovelle Weltberühmtheit gewinnen ließen. Seine Dramen, die ihn auf diesem Gebiet nicht weniger berühmt machen, werden noch heute auf allen Bühnen der Welt aufgeführt.

Die folgende Erzählung, wie ein reicher Papa den Lehrer seines Sohnes besticht, ist gekürzt seiner Sammlung „Bunte Geschichten“ entnommen und charakteristisch für Tschechows geniale, satirisch-humorvolle und dabei scharf gesellschaftskritische Erzählweise.

„Nach Gewohnheit der Mehrzahl der Papachen betrat er ohne Anmeldung die Wohnung des Arithmetiklehrers.“

— Entschuldigen Sie, — begann Papachen mit gewinnendem Lächeln. — Ich habe vielleicht... Ich störte Sie vielleicht irgendwie. Ich verstehe sehr gut... Gehen Sie Ihnen gut? Ich habe die Ehre mich vorzustellen... Gehöre nicht zu den Unbekannten, wie Sie sehen... Auch Staatsdiener. Ha! Ha! Bitte, lassen Sie sich nicht stören!

Der Herr Lehrer lächelte ein wenig des Anstandes wegen und bat höflich einen Sessel an. Papachen drehte sich auf einem Bein um und setzte sich.

— Ich bin gekommen, — fuhr er fort, indem er dem Herrn Lehrer seine goldenen Zähne zeigte, — um mit Ihnen zu sprechen... Hm ja... Sie entschuldigen natürlich... Ich bin kein Meister in gelehrten Ausdrücken. Unseren, wissen Sie, ist immer ganz einfach. Ha, ha! Sie haben auf der Universität studiert?

— Ja, auf der Universität.

# Ich war in Stalingrad

Was der Schriftsteller Willi Bredel bei der Kapitulation erlebte

Der Schriftsteller Willi Bredel sprach in jüngster Zeit in einigen Städten Westdeutschlands von den geistig und kulturell Schaffenden. Zuletzt am 20. Januar in München, wo er einen Erlebnisbericht über die Kapitulation der Paulus-Armee in Stalingrad gab. Bredel hatte als politischer Emigrant in der Sowjetunion persönlich Gelegenheit, die Niederlage der 6. Armee in Stalingrad zu erleben und den Kapitulationsverhandlungen beizuwohnen.

### 300 000 umklammert

Großspurig hatte Hitler zu Beginn der Kämpfe um Stalingrad behauptet, Stalingrad würde ein zweites Verdun werden. Die sowjetische Kriegsführung hatte den hitlerischen Plan durchschaut und traf rechtzeitig ihre Gegenmaßnahmen.

Am 21. November 1942 erhielten die sowjetischen Truppen den Befehl, die 6. deutsche Armee und das ebenfalls bei Stalingrad stehende 4. Panzerkorps einzuschließen. Zwei Tage später hatte sich der Ring um die deutschen Truppen geschlossen. 300 000 deutsche Soldaten waren von einer eisernen Klammer umfaßt. Es war tiefer Winter und die Ausrüstung der deutschen Soldaten war auch in diesem zweiten russischen Kriegswinter in keiner Weise den Verhältnissen angepaßt. Wieder besaß bei Einbruch der Kälte die Mehrzahl keine Winterkleidung.

In der Steppe vor Stalingrad gab es keine schützenden Wälder, es gab nur bestenfalls einige Steppenschluchten, in denen man sich notdürftig gegen Sturm, Kälte und Schneetreiben schützen konnte.

„Haltet aus, der Führer haut Euch raus!“

General Seydlitz forderte, in dieser Lage einen Durchbruchversuch mit den verhältnismäßig noch frischen Kräften von innen zu machen. Hitler aber befahl den 300 000, sich nur zu verteidigen, die Befreiung würde von außen kommen.

Damals prägte Manstein das Wort: „Haltet aus, der Führer haut Euch raus!“

Auf Einladung des sowjetischen Schriftstellers Scherpakow, der verantwortlich für Truppen- und Kriegsgefangenenbetreuung der sowjetischen Armee war, hatten die deutschen Schriftsteller Bredel und Weinert die Möglichkeit, an die Front von Stalingrad zu kommen, um dort den zu erwartenden deutschen Kriegsgefangenen mit Rat und Tat beistehen zu können.

### Tausende verhungerten und erfroren

Was Bredel bei und in Stalingrad erlebte, ist unvorstellbar. In den Weihnachtstagen 1942 kamen sie an der Stalingrad-Front an. Dieses Weihnachten war für die, durch die verbrecherische faschistische Kriegsführung in eine ausweglose Situation getriebenen Landsler, von ungläublicher Traurigkeit. Görings vielgepriesene Luftwaffenversorgung reichte bei weitem nicht aus, auch nur einen Bruchteil der 300 000 Eingeschlossenen zu versorgen. Hunger, Kälte und Typhus de-

## Kriegsspielerei und „Die Goldene Kugel“

Die nur noch in Atomen denkenden amerikanischen Kriegsstrategen überschlugen sich. Aus New York kolportieren sie jetzt die Meldung, japanische Sternengucker hätten am 16. Januar eine gewaltige Explosion auf dem Mars gesehen, deren Auswirkung einer Atom-Explosion gleichkäme. Bums! Da haben wir es also wieder. Unter dem Schein der Amerikaner nicht mehr machen zu wollen, wenn es gilt, die Gemüter in Erregung zu halten.

Sie beabsichtigen natürlich, diese „Angelegenheit“ zu überwachen. Selbstverständlich von Westdeutschland aus, „weil sich von hier der Mars am besten beobachten lasse“.

Uns scheint allerdings, daß in Amerika die Krankheit Forrestrals, der bekanntlich aus dem Fenster eines Irrenhauses sprang, nicht mit ihm ausgestorben ist. Forrestral wechselte seinerzeit direkt vom Kriegsministerium ins Irrenhaus über. Dort hielt er das Heulen einer Feuersirene für den Einmarsch russischer Panzer und wurde derart hoffnungslos, daß er es vorzog, aus dem Fenster zu springen.

Krankheiten, an denen Forrestral litt, können sich für friedliebende Menschen gefährlich auswirken. Man muß derartige Leute also immer im Auge behalten.

Als uns diese Mitteilung auf den Schreibtisch flatterte glaubten wir erst, unseren Augen nicht zu trauen. Wir hatten am selben Tage in einer Redaktionsitzung festgelegt, daß wir den ausgezeichneten Zukunfts-Ro-

zimierte die deutschen Soldaten. Es gab reitschaft zur Kapitulation und selbst in dieser Situation war ihre erste Forderung, „Wünsche“ zu äußern. Der „letzte, verzwe-

Sowjetische Parlamentäre beschlossen Am 9. Januar richtete das sowjetische Oberkommando an die Eingeschlossenen ein Ultimatum zur Kapitulation. Darin wurde den Offizieren und Mannschaften das Leben garantiert, den Offizieren außerdem die Beibehaltung der kalten Waffen und für die gesamte eingeschlossene Armee die Unterbringung in besonderen Lagern im europäischen Rußland.

Das Oberkommando der 6. Armee wies — nach Rückfrage beim „Führerhauptquartier“ dieses Ultimatum zurück. Außerdem hatte Hitler den Befehl erlassen: Auf Parlamentäre ist das Feuer zu eröffnen! — Wenige Tage später sandte die Sowjetarmee neue Parlamentäre. Die Paulustruppen führten getreu den „Führerbefehl“ aus und empfingen die Unterhändler mit einem Feuerstoß. Einer der Parlamentäre wurde schwer verletzt. Die verständliche Antwort auf dieses Verhalten war, daß die sowjetischen Truppen nun neuerdings das Feuer auf die eingeschlossene Armee eröffneten. Siebenfach gestaffelt stand die sowjetische Artillerie.

### Kapitulation in Paradeuniform

Zehn Tage später fuhren sowjetische Panzer in den Kessel von Stalingrad ein und benetzten die Tragödie. 240 000 deutsche Soldaten waren in diesen Wochen vor Stalingrad und in Stalingrad gefallen, verhungert, erfroren, oder ein Opfer der Seuchen geworden.

Sich gefangen zu geben war verboten und Widerstand bis zum letzten Atemzug befohlen worden. Jetzt, als die sowjetischen Panzer in der Nähe ihrer eigenen Bunker auf-

## Erlebnisbericht von einem, der im Kessel war

Lang ist die Nacht in der Steppe. Sehnsüchtig wartet der Landsler in seinem Loch auf die Morgendämmerung. Es hat geschneit. Vor dem Bataillonsgefechtsstand, einige Kilometer hinter der vordersten Linie, herrscht am Morgen des 11. Dezember 1942 lebhaftes Treiben. Neuer Ersatz ist gekommen, ausgekämmt aus den verschiedenen Einheiten der 6. Armee, Troßleute, Handwerker, Fahrer aus den rückwärtigen Truppenteilen. Sie sollen ihre „Feuerprobe“ bestehen.

In Gruppen stehen sie eng um ein kleines Feuer geschart und warten. Ein blutjunger Soldat in einem bis auf die Fußknöchel fallenden, durchlöchernten Feldmantel spricht mit glänzenden Augen von der Heimat.

„Laßt man, bald kann alles vorüber sein, und wir liegen irgendwo in einem Steppen- oder in Ruhe.“ Er reckt sich. Die Sonne bricht gerade durch das eintönige Grau des Schneehimmels, als in unmittelbarer Nähe des Feuers kurze harte Schläge die Erde aufwühlen. Die Landsler spritzen zur Seite und suchen Deckung. Der Junge mit seiner Flasche bekommt große, erstaunte Augen, dreht sich langsam um sich selbst und fällt wie ein Sack zu Boden. Zögernd kommen die Landsler aus der Deckung. Einer beugt sich über den Jungen. In den starren Augen steht noch immer das Erstaunen, als wolle er sagen: was macht ihr denn mit mir? Ein Granatsplitter durchschlug seine Kehle. Er hat recht gehabt. Für ihn ist alles vorüber.

Vier Wochen später. Um Mitternacht erscheinen die Reste meines Bataillons beim Regimentsgefechtsstand. Auf Händen und Füßen gleiten die Soldaten den Abhang hinab. Sie sind mit letzter Kraft vor den Sowjettruppen geflohen. Sehnsüchtig warten sie auf den Befehl, der ihnen für den kommenden Morgen eine Besserung der Lage bringen soll. Schlafen wollen sie, nichts als schlafen. Sie dürfen nicht schlafen. Noch in der Nacht geht die Flucht weiter. Befehlsgewohnt setzt sich die Kolonne in Bewegung. Der Todesmarsch beginnt.

„Wieviel Kilometer noch?“ „Vierzehni!“ „Woher weißt du das?“ „Wir kämpften hier vor vier Monaten um eine Verteidigungsstellung. Ich mußte öfter diese Strecke fahren.“ Der Fragende schüttelt hilflos den Kopf. Die Hände krampfen sich in den Manteltaschen. Vierzehn Kilometer! Er torkelt weiter. Einsetzender Schneesturm läßt kaum den Vordermann erkennen. Da fällt einer. Kameraden wollen ihn hochzerren. Vergeblich. Er bleibt liegen. Die Nachkommen machen fluchend einen Bogen um ihn. „Der wievielte schon?“ „Ich habe vierzig gezählt!“ „Vierzig! Wir marschieren erst eine Stunde. Das Gespräch verstummt. Weiter hinten flackert ein neues auf. „Wie im Winter 41 vor Moskau. Dieselbe Hundekälte, nichts Warmes in und um den Leib.“ „Dahin!“ hatten wir wenigstens den Rücken frei.“ Der Sturm treibt mit verstärkter Wucht die Flocken in die geschwollenen, müden Augen der Sprechenden. „Ja, den Rücken frei“, lalle ich und sinke in die Knie. „Menschenskind, mach die Augen auf! Du schläfst ja gleich ein!“ „Unsin. ich schlafe

chern mit einem Dreier durchkommen lassen. — Ehrenwort? — Ja, ich werde es korrigieren, wenn die andern es tun. — Gemacht! Ihre Hand! Sie sind kein gewöhnlicher Mensch, sondern ein Prachtker! Ich werde den anderen sagen, daß Sie korrigiert haben. Also lassen wir fünf gerade sein! — Eine Flasche Champagner auf meine Rechnung. Und wann kann man die Herren zu Hause treffen? — Eventuell gleich jetzt. — Nun, wir werden unsere Bekanntschaft doch nicht fallen lassen? Kommen Sie doch einmal ohne Umstände auf ein Stündchen zu uns? — Mit Vergnügen, leben Sie wohl! — Au revoir! Ha! Ha! Ha! Junger Mann! Leben Sie wohl... Ihren Herrn Kollegen soll ich doch selbstverständlich von Ihnen einen Gruß bestellen? Ich werde es ausrichten, gewiß. Ihrer Frau Gemahlin meine ergebenste Verehrung... Besuchen Sie uns. Papachen machte einen Kratzfuß, setzte den Hut auf und verflüchtigte sich. — Ein netter Bursch! — dachte der Herr Lehrer und sah dem fortgehenden Papachen nach. — Ein netter Bursch. Wes sein Herz voll ist, des geht sein Mund über. Einfach und gut, wie man sieht... Ich habe solche Leute gern.

Am Abend jenes Tages saß auf Papachen Knien wieder Mamachen (erst nachher wieder das Stubenmädchen). Papachen versicherte sie, daß unser Sohn aufsteigen wird und daß man Gelehrte nicht so sehr mit Geld, als mit angenehmen Umgangsformen und äußerst höflichem Angriff auf die Gurgel bestechen kann. Er hatte Erfolg. Das Beispiel ist ansteckend. Anton Tschechow

## Wie „Papachen“ den Lehrer bestach

— So... nun ja... Heute ist es recht warm... Sie haben da, Iwan Fjodoritsch, meinem Sohn einen Vierer gegeben... Hm... — ja... Doch das macht nichts, wissen Sie!... Jeder, wie er es verdient... Wie man's treibt, so geht's... Ha! Ha!... Aber wissen Sie, es ist doch unangenehm. Faßt denn mein Sohn die Arithmetik wirklich schlecht auf?

— Wie soll ich's Ihnen sagen. Nicht gerade schlecht, aber, wissen Sie, er arbeitet nichts. Ja, er entspricht schlecht.

— Aber bitte, Iwan Fjodoritsch! Mein Sohn arbeitet ausgezeichnet. Ich arbeite selber mit ihm... Er sitzt Nächte hindurch... Er weiß alles sehr gut... Nun und wenn er Dummheiten macht... das ist eben die Jugend... Wer von uns war nicht jung? Habe ich Sie doch nicht gestört?

— Aber bitte, bitte!... Ich bin Ihnen sogar sehr dankbar... Ihr Vater, seid so seltene Gäste bei uns Pädagogen...

— Selbstverständlich... Mein Sohn wird also nicht in die vierte Klasse aufsteigen? — Er hat nicht nur in der Arithmetik einen Vierer im Jahresmittel

— Ich kann ja auch zu den andern fahren. Nun aber wegen der Arithmetik? He, he, he... Werden Sie es korrigieren?

— Lieber Herr, das kann ich nicht! (Der Lehrer lächelte.) Kann ich nicht!... Ich möchte ja gerne, daß Ihr Sohn aufsteigt. Ich habe mich mit allen Kräften bemüht, aber Ihr Sohn arbeitet nicht.

— Ein junger Bursch... Was kann man da tun? Aber Sie werden es schon in einem Dreier verbessern.

— Das kann ich nicht. Was erzählen Sie mir da? Als ob ich nicht wüßte, was geht und was nicht geht. Iwan Fjodoritsch!

Was würden die Besitzer der anderen Vierer sagen? Es wäre ungerecht, wie man's auch drehen mag. Ich kann wirklich nicht. Papachen zwinkerte mit einem Auge.

Wir werden keine langen Geschichten machen. Es ist doch keine solche Sache, daß man darüber drei Stunden lang Allotria treiben könnte... Sagen Sie mir, was halten Sie nach ihrer Ansicht, nach der Ansicht eines Gelehrten für gerecht? Wir wissen schon, was das heißt. Eure Gerechtigkeit. Ha! Ha! Iwan Fjodoritsch! Sie haben meinem Sohn ja mit Absicht einen Vierer gegeben... Wo ist da Ihre Gerechtigkeit?

Der Lehrer machte große Augen. Das wird mir für ewig das Geheimnis eines Lehrherzens bleiben.

— Mit Absicht, — fuhr Papachen fort. — Sie haben den Gast erwartet. Ha! Ha! Ha!... Nun?... Aber bitte... ich bin einverstanden... Wissen Sie... hm ja... die alten Gewohnheiten sind besser als alles andere und nützlicher... So viel ich hab, so viel geb ich. Sie, — fuhr Papachen fort — sollen sich nicht chokieren... Ich verstehe doch... Wer sagt, daß er kein Geld annimmt, der nimmt es... Wer nimmt den heutzutage nicht? Das geht nicht. Lieber, das mag nichts annehmen... Sie sind offenbar noch nicht daran gewöhnt? Bitte sehr!

— Nein, um Gottes Willen!

— Ist's zu wenig? Nun, mehr kann ich nicht geben... Nehmen Sie's nicht?



J. W. Stalin erklärte in seiner Rundfunk-Rede am 3. Juli 1941:

„Dieser vaterländische Volkskrieg gegen die faschistischen Unterdrücker hat nicht nur das Ziel, die über unser Land heraufbezogene Gefahr zu beseitigen, sondern auch allen Völkern Europas zu helfen, die unter dem Joch des deutschen Faschismus stöhnen.“

## TAG VON STALINGRAD

### Ihr Mütter Deutschlands!

Ihr Mütter Deutschlands, die ihr habt verloren Im zweiten Weltkrieg eure Söhne, hört: Der euch gefallen ist, wird neu geboren, Und euer Heiligtum bleibt unzerstört.

Wenn ihr gewillt seid, Deutschland zu errichten Und gebt der Freiheit euer Mutterwort Dann schwebt ein Segen über Trümmerstätten Und in uns leben eure Söhne fort!

Johannes R. Becher

feite Kampf“ der deutschen Generale in Stalingrad, wie in den Wehrmachtberichten so schön gesagt wurde, war von widerlicher Niedrigkeit.

In dem Keller eines Stalingrader Warenhauses hatte sich der Paulus-Generalstab niedergelassen. Kostbare Teppiche, aus dem weiten besetzten sowjetischen Gebiet zusammengestohlen, hingen an den Wänden und bedeckten die Fußböden. Als die sowjetischen Offiziere und mit ihnen Willi Bredel den Kellerraum betraten, der für die Verhandlungen vorgesehen war, bot sich ihnen ein sensationelles Bild. Vor ihnen, um einen ovalen Tisch versammelt, hatte die deutsche Generalität Aufstellung genommen, frisch rasiert, in Paradeuniform, mit Orden und Ehrenzeichen angezogen, und nach Eau de Cologne duftend. Wortführer der Deutschen war Generalleutnant Schmitt, mit gepflegtem Spitzbart, der bat, die Wünsche der Generalität vorzutragen zu dürfen. Generalmajor Lapin, ein ehemaliger Eisendreher, der sowjetische Kommandeur, nickte. Wer nun glaubt, daß die duftende Generalität wenigstens in dieser Stunde an den Rest ihrer Armee dachte, die halb kriepelt in die Höhlen und Kellerlöcher von Stalingrad hauste, der muß enttäuscht werden.

Der erste Wunsch, den Generalleutnant Schmitt äußerte, war: Die Herren Generale bitten, den Rest ihres Proviantes mit in die Gefangenschaft nehmen zu dürfen.

Der erste Wunsch, den Generalleutnant Schmitt äußerte, war: Die Herren Generale bitten, den Rest ihres Proviantes mit in die Gefangenschaft nehmen zu dürfen.

„Gewaltsam reiße ich die Augen auf. Ich war tatsächlich daran, im Laufen einzuschlafen.“ Wenn du hier umkipst, ist's aus mit dir“, ruft mir jemand von der Seite zu. „Immer reden, reden, damit man munter bleibt“, ermahnt mich mein Nebenmann, der Sanitäter. „Reden, reden“, wiederhole ich, „bloß nicht einschlafen.“

Der Schnee fällt so dicht daß man kaum die Augen offenhalten kann. Vor mir wankt wieder jemand, bricht zusammen. Ich will ihn hochhalten. Der Sanitäter stößt mich fort. „Laß, es hat keinen Zweck. Weiter! Sonst geht's uns auch so.“ Plötzlich fällt Scheinwerferlicht auf die gekrümmten Rücken der Dahinschleichenden. Ein Lastkraftwagen fährt an der Todeskolonne vorbei. Einige Landsler hängen sich auf die Trittbretter am Führersitz, packen die herabhängenden Ketten und lassen sich mitschleifen. Ihre schwachen Kräfte erlahmen bald vollends. Sie stürzen in den Schnee, bleiben liegen. Nur wenigen gelingt es, sich wieder aufzurichten. Das kleine, rote Scheinlicht blinkt noch einmal auf. Es ist wie ein letzter Gruß des Lebens an die Todgeweihten: „Du, wir haben es bald geschafft!“ Der Sanitäter stößt mich an. „Verständnislos schaute ich auf. „Nur noch vier Kilometer!“ Mir ist's, als müßte ich ewig so weiter laufen. Nach einer Zeit wortlosen Dahintrotzens blicke ich zur Seite. Ein anderer läuft neben mir, den ich nicht kenne. Ich sehe mich um und suche den Sanitäter. Er ist nicht mehr da.

Sturm und Schneefall lassen nach, da schallt von vorn ein lautes Rufen. Wir sind am Ziel! Ich krieche in eine Holzbaracke, die brechend voll von verwundeten, stöhnenden Soldaten ist. Ein großer Ofen in der Mitte verbreitet Wärme. Ich klappe im Stehen zusammen, rutsche zwischen zwei anderen Männern zu Boden und bin, zusammengekauert, den Kopf auf den Knien, sofort eingeschlafen.

Draußen bricht ein neuer Morgen an. Die Wolkendecke ist aufgerissen. Die Sonne kommt hervor. Sie breitet ihre goldgelben Strahlen über die weiße Steppe aus, die in der vergangenen Nacht geworden ist. Unser Leben wurde gerettet. Wir gerieten in sowjetische Kriegsgefangenschaft.

Herbert Martin.

— Aber bitte sehr!... Wie Sie wollen... Nun korrigieren Sie dann den Vierer... Nicht so sehr ich bitte Sie darum, als die Mutter... Sie so weiter, wissen Sie... hat Herzklopfen und weint... Seien Sie meines vollsten Mitgefühls mit Ihrer Frau Gemahlin versichert, aber ich kann nicht. Es würde ja nichts schaden, wenn man ihn aufsteigen läßt... In welcher Rangklasse sind Sie? — Titularrat... Im übrigen, dem Amt nach in der achten Klasse. Hm! — So, so... Nun, wir beide werden uns schon vertragen... Mit einem einzigen Federstrich, wie? Nicht wahr? Ha! Ha!... — Ich kann aber nicht, wenn Sie mich erschlagen, ich kann nicht. Papachen schwieg ein wenig, dachte nach und unternahm einen neuen Angriff auf den Herrn Lehrer. Dieser Angriff dauerte noch geraume Zeit. Der Lehrer mußte noch zwanzigmal sein unabänderliches: „Ich kann nicht! wiederholen. Endlich wurde Papachen auch dem Lehrer lästig und schon sehr unerträglich.

— Wanjia, du mußt schon fahren! — rief die Lehrerin aus dem zweiten Zimmer. Papachen versperrte mit seiner breiten Figur dem Lehrer den Weg zu Tür. Der Lehrer verlor seine letzte Kraft. Schließlich kam er auf eine, wie er meinte, geniale Idee.

— Hören Sie, — sagte er zu Papachen. — Ich werde nur dann ihrem Sohn den Vierer im Jahreszeugnis ausbessern, wenn auch meine anderen Kollegen ihn in ihren Fä-





## Der letzte Mann

Liebe Tip-Freunde!

Wenn ihr in den Tagen vor der Tipzettel-Abgabe sämtliche Sportzeitungen durchgeackert und euch über die Aufstellungen, Tabellenstand und Form der einzelnen Mannschaften unterrichtet habt, dann wißt ihr immer noch nicht, was die Herren Schiedsrichter am Sonntag auf den Spielfeldern anstellen werden. Sie können euch immer noch einen dicken Strich durch eine sonst richtige Rechnung machen, wie es z. B. am letzten Sonntag denen geschah, die auf Waldhofs Sieg in Frankfurt gesetzt hatten. Sie hatten richtig geraten, aber ein unehrlicher Frankfurter Spieler, der einen schon im Aus befindlichen Ball noch vors Waldhof-Tor schlug, ein Linienrichter, der in diesem Falle völlig versagte, brachten Waldhof um den Sieg und wahrscheinlich auch viele Tipfreunde um den verdienten Gewinn. Solche Vorfälle muß man „einkalkulieren“ und dabei immer wieder zu der Erkenntnis kommen: Richtig tippen ist eine Glückssache. Schon bei einem Spiel — und nun erst bei zwölfen!



Da wir gerade von Waldhof gesprochen haben: es hätten gewiß viel mehr Sachverständige am letzten Sonntag für Waldhof getippt, wenn sie gewußt hätten, daß die verschiedenen Invaliden wieder mit von der Partie waren. Hölzer als „Abstauber“ vorm gegnerischen Tor oder als Kugelfang im eigenen Kasten — das ist doch ein großer Unterschied. Nun kommen am Sonntag die Offenbacher mit einem großen Koffer nach Waldhof, um sich die zwei Punkte wieder zurück-zuholen, die Waldhof damals vom Biberer Berg mitnahm. Aber ein Fußballspiel ist kein Winterschluß-Verkauf, und da wird nichts zurückgenommen und zurückgegeben. Die Waldhöfer werden sich die zwei Punkte schon herausnehmen, ehe die Offenbacher den Deckel von ihrem Musterkoffer zumachen.

Die Stuttgarter Kickers werden mit Wehmut an die Zeit denken, als sie noch in Augsburg gegen den BC mit 7:2 gewannen. Sie werden es diesmal wesentlich billiger machen, wenn es nur zu den 2 Punkten langt. Es wird lang. Auch die Stuttgarter Bewegungsspieler erinnern sich an das stolze 5:2 am gleichen Tag gegen den 1. FC Nürnberg. Doch die „Clubber“ haben diesen Kinnhaken auch nicht vergessen und sie werden diesmal Sieger im eigenen Ring sein. Wenn auch nicht durch k. o., so doch nach Punkten. Auch in Augsburg ist eine Revanche fällig. Bei seinem letzten Besuch in Augsburg beim

BC kam der deutsche Meister im wahrsten Sinne des Wortes mit einem blauen Auge davon. Diesmal lauert ein



Schwabe mit dem Schlußlicht auf den Schienen und will das vorwärts rollende Fäßlein mit dem Meister von den Braueren zum Entgleisen bringen. Das könnte dem Schwaben wohl gelingen, wenn beim Mannheimer Fahrstuhl noch nicht alle Motoren wieder intakt sein sollten.

In München hatten die Bornheimer aus Frankfurt den 1860er Löwen das Futter weggenommen. Diesmal werden sich die Löwen nicht so ohne weiteres abspesen lassen und sich wenigstens einen von den beiden Knochen sichern. In Schweinfurt werden die Einträchtigen aus Frankfurt vielleicht etwas unter die Kugel-

räder kommen. Sie waren ja daheim schon etwas ausgerutscht. Alte Bekannte aus der Landesliga treffen sich am Regensburger Strudel. Vielleicht wird der Fürther Krug hier wieder einmal beim Wasserholen einen Sprung bekommen. Es gab schon in Ronhof beinahe einen Knax. Die Mühlburger mögen daheim die Punkte nicht beschenkt. Sie werden es diesmal heimzahlen.

Bei den Reservetipps könnte beim SC Freiburg gegen Tübingen eine „Eins“ angebracht sein, und das könnte bei Normannia Gmünd gegen Zuffenhausen auch nichts schaden.



## Achern sicherte sich den 2. Platz

Landesliga Südbaden  
Während der Tabellenführer Baden-Baden mit 5:0 gegen Emmendingen seinen Siegeszug fortsetzte, dürfte Achern mit seinem abermaligen Sieg über St. Georgen mit 3:2 den Kampf um den zweiten Platz wohl endgültig zu seinen Gunsten entschieden haben. Schopfheim konnte infolge seines 4:0-Sieges über Gottmadingen mit dem Tabellendritten St. Georgen punktgleich werden. Lörrach unterlag erwartungsgemäß 1:3 gegen ASV in Freiburg und wurde von Ottenau, die Blauweiß Freiburg 3:2 schlagen konnten, in der Tabelle überflügelt. Gutach trat nach seinem Sieg 3:1 über Furtwangen den vorletzten Platz an den Verlierer ab.

SC Baden-Baden	16	15	1	0	60:11	31
VIR Achern	15	9	4	2	37:8	22
ASV St. Georgen	16	10	1	5	39:19	21
SV Schopfheim	16	8	3	5	49:26	19
Rotweiß Lörrach	16	7	3	6	31:28	17
SV Ottenau	16	8	1	7	36:45	17
Blauweiß Freiburg	16	6	4	6	27:31	16
VIR Stockach	15	5	4	6	37:39	14
Rheinfelden	16	4	5	7	19:35	13
Gottmadingen	15	5	2	8	24:30	12
ASV Freiburg	16	4	3	9	25:39	11
SV Gutach	16	4	2	10	20:34	10
ASV Furtwangen	15	4	1	10	25:51	9
SV Emmendingen	16	3	2	11	16:48	8

SC Baden-Baden — SV Emmendingen 5:0  
Der Tabellenletzte hatte auf dem Platz des Tabellenführers keine Chance und die Niederlage fiel noch höher aus als beim Vorspiel. Das Resultat wäre vielleicht günstiger geworden, wenn Emmendingen sein annehmbares Feldspiel besser auszuwerten verstanden hätte, aber seine Stürmer zeigten wenig Schußvermögen. Schon bei Halbzeit führte Baden-Baden 2:0 und nach der Pause ergaben ein Elfmeter sowie weitere Tore von Rainer, der insgesamt 3 Treffer erzielte, das hohe Endergebnis.

VIR Achern — ASV St. Georgen 3:0  
Der Kampf war zeitweilig recht hart und der gute Schiedsrichter Kuhner-Freiburg

mußte den Halblinken von St. Georgen vom Platz stellen, um das Spiel in ruhigere Bahnen zu lenken. Achern war die bessere Mannschaft und konnte das auch zahlenmäßig zum Ausdruck bringen. Schon bei Halbzeit lag St. Georgen mit 0:1 im Rückstand. Als nach der Pause ein Torabschlag vom Tor St. Georgens zu kurz geriet, nutzte Papp die günstige Gelegenheit zum zweiten Treffer für Achern und ein Kopfballtor machte den Beschluß.

SV Gutach — ASV Furtwangen 3:1  
Der Tabellenvorletzte Gutach und der Drittletzte Furtwangen lieferten sich einen harten Kampf, den aber der gute Schiedsrichter Misch-Stetten in geordnete Bahnen zu halten verstand. Gutach führte bei Halbzeit schon 1:0 und setzte dem Ausgleichstor Furtwangers nach Seitenwechsel zwei weitere Treffer entgegen, so daß nach Spielende die Tabellenplätze vertauscht waren.

ASV Freiburg — Rotweiß Lörrach 3:1  
Obgleich die Gäste keine besonderen Leistungen zeigten, hatte der ASV Mühe, das Spiel zu gewinnen. Die Hintermannschaft Lörrachs wehrte sich sehr geschickt und bei Halbzeit sand der Kampf noch unentschieden 1:1. Lörrachs Sturm war recht schwach, aber auch die ASV-Stürmer verstanden sich nicht recht auf Tore machen. Selbst zwei Elfmeter wurden nicht verwandelt. Erst in der letzten Viertelstunde des Spiels erkannte ASV die Gefahr des drohenden Punktverlustes und sicherte sich durch zwei weitere Tore den Sieg.

Ottenau — Blauweiß Freiburg 3:2  
Hatte Freiburg das Vorspiel mit einem Tor Differenz gewonnen, so drehte Ottenau diesmal den Spieß um. Dies gelang aber erst in den letzten Minuten und nach beachtlicher Gegenwehr Freiburgs in einem meist ausgeglichenen Spiel. Das Führungstor erzielte Ottenau erst kurz vor der Pause. Als die Einheimischen bald nach Seitenwechsel auf 2:0 kamen, schien ihr Sieg gesichert, aber dann konnte Freiburg in einem kraftvollen Zwi-

## UMSCHAU IM LANDE

In voller Fahrt gegen einen Baum  
Pfullendorf. Auf der Straße zwischen Aach-Linz und Herdwangen ereignete sich ein folgenschwerer Verkehrsunfall. Ein Personenwagen aus Liggersdorf fuhr wahrscheinlich infolge Versagens der Bremsen in voller Fahrt gegen einen Baum. Das Fahrzeug wurde durch den Anprall vollständig zertrümmert. Der 22jährige Fahrer erlitt einen Armbruch und Gesichtsverletzungen. Er mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

„Gräfin Mariza“ in Stockach  
Das neue Theater Villingen gastiert am Freitag, den 3. 2. 1950, um 20.00 Uhr in Stockach im Hotel „Adler-Post“ mit der erfolgreichen Kalman-Operette „Gräfin Mariza“. Diese Operette, mit ihren weltbekanntesten Melodien hat bei allen bisherigen Gastspielen eine begeisterte Aufnahme gefunden. Das erste Gastspiel des Neuen Theaters Villingen dürfte daher auch in Stockach von besonderer Bedeutung sein. Karten sind bereits in der Vorverkaufsstelle Buchhandlung Breilinger erhältlich.

Herrenwäsche ließ er hängen  
Villingen. Angeblich um sich die Gunst armer Mädchen zu erwerben, verlegte sich ein 25 Jahre alter Maler aus Coburg auf den Diebstahl von Damenwäsche, die er den Mädchen schenken wollte. So entwendete er in acht Fällen Damenwäsche, die zum Trocknen aufgehängt war. Herrenwäsche ließ der „Galan“ unberührt. Wegen fortgesetzten Diebstahls, Bettelns und Landstreicherei wurde er nun von der Gendarmerie Königfeld festgenommen.

Fabrikgebäude abgebrannt  
Villingen. Durch Feuer wurde ein Fabrikgebäude, in dem Barometer und Füllungen für Kugelschreiber hergestellt wurden, vollständig zerstört. Ein an das Gebäude angebautes Schuppen wurde ebenfalls schwer beschädigt, während die angrenzende Mechanikerwerkstätte vor den Flammen gerettet werden konnte. Die Brandursache steht noch nicht fest, doch wird angenommen, daß das Feuer von dem in der Lackie-

schensput den Ausgleich erzwingen. In dem nun einsetzenden spannenden Endkampf gelang Ottenau wenige Minuten vor Schluß das Siegestor durch den Mittelstürmer Seifried.

Rheinfelden — VIR Stockach 4:4  
Wie beim Vorspiel teilten sich auch diesmal die Gegner die Punkte bei doppelt so hoher Torzahl. Das Führungstor Rheinfeldens glich Stockach durch verwandelten Eckball noch vor der Pause aus. Mit zwei weiteren Toren, darunter einem Elfmeter, ging Rheinfelden abermals in Führung. Stockach holte ein Tor auf, doch Rheinfelden vergrößerte den Vorsprung wieder auf 4:2. Die Enttäuschung der Einheimischen war groß, als der schnelle Bold mit zwei Durchbrüchen doch noch den Ausgleich für Stockach schaffen konnte.

SV Schopfheim — SV Gottmadingen 4:0  
Schopfheim siegte diesmal viel deutlicher als beim Vorspiel 4:3. Die Gäste lieferten keine schlechte Partie, der Sturm war gegen die sichere Abwehr Schopfheims machtlos. Bei Halbzeit führte Schopfheim erst 1:0, aber nach der Pause wurde der Widerstand der Gäste schwächer und sie mußten noch drei weitere Treffer hinnehmen.

erei stehenden Ofen seinen Ausgang nahm. Der Schaden ist sehr erheblich, wenn auch ein Teil der Maschinen und Geräte gerettet werden konnte.

Bunter Abend der Gewerkschaften  
Schopfheim. Einen großen Bunter Abend zu Gunsten der Bedürftigen veranstalteten die Gewerkschaften von Schopfheim am 5. Februar 1950 in den Pflugsälen hier. Ihre Mitwirkung haben zugesagt außer der Stadtmusik, Männerchor und Handharmonikaclub auch Frau Müllen-Kaucher, Sopran, Fr. Fleischmann, Alt, am Flügel Bruno Penzien, sowie Walter Huber, Bariton.

Ein jähes Ende  
Triberg. Am letzten Samstag, den 28. Januar 1950, abends wurde von der Gendarmerie Triberg ein Mann in dem benachbarten Nußbach festgenommen und ins Amtsgefängnis Villingen eingeliefert, weil er wiederholt in die Gemeindeführung eindrang und Geldbeträge entwendete. So wurde er am letzten Samstag beobachtet und verfolgt, wie er erneut, wie die Feststellung ergab, mit Nachschlüssel in das Rathaus sich Zugang verschaffte — der aber durch die verständigte Triberger Gendarmerie — durch dessen unerwarteten Besuch ein jähes Ende fand.

## Wir hören heute

Donnerstag, den 2. Februar 1950

Deutschlandsender  
8.00 Nachrichten und Zeitungsschau; 11.10 Musik für die Hausfrau; 12.00 Aktuelles; 12.50 Für die arbeitende Jugend; 13.00 Nachrichten; 13.15 Musik nach Tisch; 14.15 Die westdeutsche Wirtschaft; 14.25 Kammermusik; 15.00 Kinderfunk; 15.20 Nachrichten für Arbeitslose, Pflichtlinge und Sozialrentner in Westdeutschland; 16.00 Deutsche Presse-schau; 16.10 Teekonzert; 17.00 Nachrichten aus allen Ländern; 17.10 Deutscher Frauenfunk; 17.25 Landfunk; 17.35 Hörer fragen — Hörer sagen; 17.50 Jenseits unserer Grenzen, Deutsche Außenpolitik; 18.00 Lieder u. Tänze aus der Sowjetunion; 18.30 Kulturfragen der Zeit; 18.40 Aus Deutschland rechts der Elbe; 19.03 Nachrichten und Tageskommentar; 19.20 Meisterwerkabend; 20.35 Soeben erschienen; 21.00 Wir sprechen für Westdeutschland; 21.35 Für die Jugend; 22.00 Nachrichten und Kommentar; 22.20 Aus deutschen Landen; 23.15 Sowjetwissenschaft; 23.30 Alte und neue Arbeiterlieder; 23.45 Für den Arbeiterfunktionär.

Radio Leipzig  
7.00 Nachrichten; 9.30 Kunterbunt am Vormittag; 12.00 Nachrichten; 12.15 Landfunk; 12.25 Musik am Mittag; 15.00 Kammermusik; 16.30 Das Zeitgeschehen vom Funk gesehen; 19.30 Nachrichten, Kommentar; 20.00 Deutsche und sowjetische Weisen; 21.00 Jugendfunk; Freundschaft für immer, Hörfolge zum Tage von Stalingrad; 21.30 Uns vereint gleicher Sinn, gleicher Mut, Internationale Jugendlieder; 22.00 Nachrichten, Sendung für Westdeutschland.

„Unser Tag“  
die Stimme der Wahrheit

# WIEDERGUTMACHUNG!

Soforthilfe \* Haushaltsbeihilfe

Wir enttäuschen Sie nicht!

### Ihr Fahrrad

sowie  
sämtliches Zubehör

vom Fachmann



Konstanz  
Ecke Wessenberg-Zollernstr.

### Möbel - Hotele

Konstanz, Zollernstr. 29



bietet an:

für jedermann kompl. Einrichtungen und Einzelteile. Aus eig. Werkstätte: Polstermöbel, Matratzen, Federbetten etc. zu niedrigsten Preisen. Teilzahlung möglich.

### Endlich ist es soweit!

Auch im Land Südbaden ist nun endlich nach vielen Kämpfen vom Landtag das Wiedergutmachungsgesetz beraten und beschlossen worden.

Die vielen, unverschuldet in Not geratenen Menschen haben nun wieder Gelegenheit, Neuanschaffungen zu machen.

Wir wollen Ihnen helfen, preiswert und gut einzukaufen. Schenken Sie uns Ihr Vertrauen!

Prüfen Sie unsere Angebote! ...

und Sie werden mit zu unseren zufriedenen Kunden zählen!

Herren-, Damen- und Kinderwäsche

## Adolf Matt

Konstanz, Spanierstraße 32

## Schürzen und Hauskleider

kaufen Sie immer gut u. preiswert bei

## Schürzen - Stuhler

Konstanz, Zollernstr. 3-5

Elektro-Fachgeschäft

H. Schanuel  
Ingenieur

Konstanz, Hussenstraße 15

Die Zeitung  
der Schaffenden  
ist  
**UNSER TAG**

### Kaufhaus

## JOH. SWARS

Konstanz

Neuzeitliche Haus- u. Küchengeräte, Herde u. Öfen

## W. Aitfeld-Branner

Konstanz, Wessenbergstraße 16